Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 19 533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,80 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 27. Februar 1926 — Nummer 49

Noch 4 Tage ist Zeit

um die letzten Vorbereitungen für das Volksbegehren zu treffen!

Mobilisiert

alle Parteimitglieder, alle Sympathisierenden, alle Erwerbslosen, damit sie sich schon am ersten Tag in die Listen eintragen. Richtet Agitationslokale ein! Organisiert den Schlepperdienst!

Alarmbereitschaft der Partei vom 1. bis 7. März

Die Fürstenknechte arbeiten mit Terror und Sabotage, um das Volksbegehren zu verhindern. Die von der KPD. und SPD. an sämtliche Gemeindevorsteher geschickten Einzeichnungslisten werden von einzelnen reaktionären Gemeindevorstehern nicht ausgelegt, teilweise sogar vernichtet. In anderen Gemeinden ist die Zeit, in der die Listen ausliegen, so festgesetzt, daß die in Arbeit Stehenden nur unter Einbuße von Arbeitszeit sich eintragen lassen können. Diesem reaktionären Verhalten der Behörden gilt es, den entschlossenen Willen der Arbeiter entgegenzusetzen. Nach zuverlässigen Meldungen versuchen Faschisten und Deutschnationale, die Versammlungen der Arbeiterparteien zu sprengen. Es liegen Anweisungen vor, nach welchen die Faschisten Trupps bilden sollen, um die Plakate und Bekanntmachungen, das Volksbegehren betreffend, zu vernichten. Deshalb erklärt die Bezirksleitung der KPD. Ostsachsen die Alarmbereitschaft für die Gesamtpartei. Folgende Anweisungen sind sofort durchzuführen:

1. Sofortige Kontrolle der Einzeichnungsstellen, ob die Listen auch wirklich ausliegen. Dort, wo keine Listen ausliegen, ist sofort die BL. telegraphisch oder telephonisch, Fernruf 28 031, zu benachrichtigen.
2. Sofortige Bildung von Schutzpatrouillen, welche die amtlichen, sowie die Bekanntmachungen der beiden Arbeiterparteien schützen. Die Patrouillen sollen möglichst aus Mitgliedern aller Arbeiterorganisationen, die hinter dem Gesetzentwurf stehen, zusammengesetzt sein.
3. Errichtung eines Werbelokals, in dem in der Zeit der Einzeichnung mindestens ein Genosse anwesend ist, um über alle das Volksbegehren betreffenden Fragen Aufklärung zu geben.
4. Zusammenstellen der Werbekolonnen, die in den Orten und in den Dörfern, wo keine Ortsgruppen bestehen, planmäßig die Werbung für das Volksbegehren durchführen.
5. Sofortige Bildung von Werbekomitees in den Betrieben, die die Einzeichnung der Belegschaft in die Volksbegehrlisten nach Arbeitsschluß organisieren.
6. Organisierung des Schutzes der öffentlichen Versammlungen.

Genossen! Genossinnen! Brecht die Sabotage der reaktionären Kreise, mobilisiert die gesamte werktätige Bevölkerung! Setzt alle Kräfte ein gegen das Fürstengesindel. Es lebe der entschlossene Kampf aller Werktätigen in Stadt und Land gegen unsere Klassenfeinde!

Bezirksleitung der KPD. Ostsachsen.

Einheitskomitees!

Vom 4. bis 17. März liegen die Listen für die Eintragung zum Volksbegehren aus.

Die Sabotage der Behörden und der Gegner des Volksentscheids setzt bereits organisiert ein. Die Gemeindevorstände und Gutsvorsteher schicken die Listen zurück mit dem Bemerken, daß sie nicht verpflichtet sind, die Listen auszulegen. Der Landbund in Oberbarnim und im Saalkreis erläßt Anweisungen und Aufforderungen an die Gemeindebehörden zur Sabotage. Er maßt sich amtliche Befugnisse an und versucht Verwirrung zu schaffen mit der Behauptung, der Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung wäre nach der Verfassung (die er sonst bekämpft!), nicht zulässig.

Wir ersparen es uns, auf die Widerlegung dieses Schwindels einzugehen. Jeder Mensch weiß, daß das eine Lüge ist, die nur deshalb verbreitet wird, um diejenigen, die zaghaft sind, von der Einzeichnung fernzuhalten.

„Parole: Nicht einzeichnen!", das schrieb das Organ der Junker, die „Deutsche Tageszeitung", bereits vor einigen Tagen. Kein Zweifel, daß die Fürstenparteien versuchen werden, mit dieser Lösung Dumme zu fangen.

Was sie nicht durch Verwirrung erreichen, werden sie mit Terror und Gewalt versuchen. Die Junker werden, wie in den Zeiten des verflossenen preußischen Dreiklassenwahlrechts, Einzeichnungen in die Listen — wenn sie schon ausgelegt werden — mit Entlassung, mit Aechtung, mit schwarzen Listen für die Landarbeiter beantworten.

Daneben sabotieren die Behörden. Aus den verschiedensten Teilen des Reiches wird gemeldet, daß die Lokale für die Einzeichnung nur 10 Prozent der Lokale bei der letzten Wahl umfassen! Hier wird von den Gegnern dieser ungeheuren Massenbewegung versucht, die Aktion dadurch zu schwächen, daß die Einzeichnung — besonders in den großen Städten — faktisch unmöglich gemacht wird.

Was ist dagegen zu tun?

Die Lösung ist schon gefunden. In Hessen wurden bereits Einheitskomitees gebildet mit Bauern und Arbeitern, mit Kleingewerbetreibenden und Rentnern, mit Vertretern der politischen Parteien und den anderen Arbeiterorganisationen. Aus den anderen Bezirken wird Ähnliches gemeldet. Ueberall sehen die Massen ein, daß es unumgänglich notwendig ist, die gemeinsame Sabotage des Volksbegehrens durch die Fürstenknechte und Behörden durch gemeinsame Aktionen zu brechen. Und wenn die Luther-Regierung zynisch erklärt, daß sie alle Mittel anwenden wird, um den Volksentscheid aufzuhalten, so werden die Ausgebeuteten und Ausgeplünderten diese Erklärung zu werten wissen als das, was sie ist: als Ansage zum Kampf!

In den Tagen vom 4. bis 14. März haben die Einheitskomitees erhöhte Bedeutung.

Sie müssen die Massen aufrufen, zu demonstrieren vor den wenigen Lokalen, um eine Vermehrung zu erreichen. Die Einheitskomitees werden den Widerstand gegen den Terror organisieren müssen, sie werden alle Mittel anzuwenden haben, um die behördliche Sabotage zu brechen.

Darüber hinaus werden die Einheitskomitees während der Einzeichnungstage durch Agitation und Propaganda die Massen aufrufen, nun erst recht für die Aktion gegen die Fürsten einzutreten. Die 14 Tage, die für die Einzeichnung vorgesehen sind, sind die Tage der Massenmobilisation. Und wo noch keine Einheitskomitees gebildet sind, gilt die Parole:

Bildet Einheitskomitees!

Schwere Winzerunruhen

Bernkastel, 26. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem in letzter Zeit in den Winzerdörfern die Steuern durch rücksichtslose Pfändungen eingetrieben wurden, kam es gestern in Bernkastel zu schweren Unruhen. Es sollte eine Winzerversammlung unter freiem Himmel, mit vier Abgeordneten des Zentrums als Referenten, stattfinden. Am Nachmittag zogen mehrere tausend kleine Winzer aus den umliegenden Dörfern nach Bernkastel. Sie drangen ins Finanzamt ein, schleuderten Möbel und Akten auf die Straße, zerstampften und verbrannten die Akten. Einen gehaßten Finanzbeamten warfen sie zur Treppe hinunter.

Als später die Massenkundgebung der Winzer stattfand, wandten sich die Zentrumsabgeordneten gegen die Ausschreitungen, stießen aber auf heftige Gegenrufe. Als der Abgeordnete v. Guerard erklärte, das, was geschehen wäre, sei Landfriedensbruch, der mit Zuchthaus bestraft würde, schallte ihm der Ruf entgegen: „Laßt sie nur mit Zuchthaus kommen!" In letzter Zeit sind größtenteils ältere Leute durch rücksichtslose Pfändungen fast enteignet worden. Die ungeheure Wut und Erregung der notleidenden Winzer findet ihren Ausdruck in den unorganisierten anarchistischen Verwüstungen im Finanzamt. Die Regierung antwortete darauf, daß sie 30 Mann Polizeiverstärkung nach Bernkastel schickte und 15 Verhaftungen vornehmen ließ. Das wird nur dazu führen, daß die kleinen Winzer, die bisher im Gefolge des Zentrums und der nationalistischen Parteien sich befanden, noch rascher das Wesen der kapitalistischen Regierungen erkennen werden.

Neue Unruhen in Bernkastel

TU. Bernkastel, 27. Februar. Gestern nachmittag sollte ein Polizeiaufgebot in Graach einige weitere Rädelsführer festnehmen. Die Bevölkerung des Moselortes Graach, die von diesem Vorhaben Kenntnis erhielt, ließ Sturmglocken läuten, bewaffnete sich mit Mistgabeln und Sensen und rückte an den Dorfeingang, um den Polizeibeamten entgegenzutreten. Diese mußten, um Blutvergießen zu vermeiden, unverrichteter Dinge zurückkehren. Gegen Abend traf wieder ein Zug von etwa 1000 Mann, der sich aus allen Orten der näheren Umgebung von Bernkastel zusammensetzte, in Bernkastel ein, nahm vor dem Gefängnis eine drohende Haltung an und verlangte die Freigabe der Gefangenen. Der Oberstaatsanwalt, der die Untersuchung an Ort und Stelle leitete, sah sich gezwungen, den Forderungen zu entsprechen, um nicht noch einmal großes Unheil heraufzubeschwören.

Geschlossene Front gegen die Raubfürsten!

Von P. R. Dietrich

Seit der Einleitung des Kampfes gegen den unerhörten Raubzug der Fürsten durch die Kommunistische Partei sind kaum drei Monate vergangen. Als die Partei als Antwort auf die Milliardenforderungen der Fürsten den Gesetzentwurf für die entschädigungslose Enteignung der gesamten Fürstenvermögen im Reichstag einbrachte und sich einige Wochen darauf an den Parteivorstand der SPD. und den Bundesvorstand des ADGB. wie auch an die Bundesleitungen des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes wandte und diese Organisationen aufforderte, eine geschlossene Kampffront für die restlose und entschädigungslose Enteignung der Fürsten herzustellen, antwortete von allen Organisationen nur der Rote Frontkämpferbund im zustimmenden Sinne. Der ADGB. schwieg überhaupt, der SPD.-Vorstand ließ durch den „Vorwärts" erklären, „daß der Vorschlag der Kommunisten nicht ernst gemeint sei". „Die Sozialdemokraten überlegen, wie man den Fürsten ein möglichst großes Stück dieses Vermögens zugunsten der Allgemeinheit abjagen kann, während es den Kommunisten auf ein sehr plumpes und ungeschicktes Manöver anzukommen scheint." So wörtlich der „Vorwärts" am 5. Dezember. Die Bundesleitung des Reichsbanners erklärte sich in einem Aufruf zwar gegen den Raubzug der Fürsten, tat aber nichts, um eine einheitliche geschlossene Front gegen die fürstlichen Räuber und deren Soldknechte herzustellen.

Die Bourgeoisie triumphierte! Die bürgerliche Presse höhnte über die von der Kommunistischen Partei eingeleitete Aktion. Sie hatte angesichts der Haltung der SPD. und des ADGB. allen Grund. Und doch kam es anders, als die Fürstenknechte es sich träumen ließen.

Der Kampfruf der Partei: Keinen Pfennig den Fürsten! Arbeit, Brot und Land dem armen Volk! — fand ein gewaltiges Echo nicht nur in der Arbeiterschaft, nicht nur in den verarmten mittelständlerischen Schichten, sondern selbst in Bevölkerungskreisen, die bisher das Hauptkontingent für die monarchistische Reaktion, für die faschistischen Verbände, die das Gros der Hindenburg-Wähler darstellten, — in den kleinbäuerlichen Schichten auf dem Lande.

Unter Führung der Kommunistischen Partei kam eine breite Massenbewegung zustande, die immer mehr elementaren Charakter annahm. Sozialdemokratische, parteilose Arbeiter, Mittelständler, kleine und mittlere Bauern machten sich die Forderungen der Kommunistischen Partei zu eigen. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter mußten die sozialdemokratischen Führer den Vorschlag einer Rentenabfindung der Fürsten fallen lassen und sich der Bewegung für die restlose entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen anschließen. Der gemeinsam von der KPD., der SPD. und dem Kuczynski-Ausschuß eingereichte Antrag auf Einleitung eines Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung kam zustande. Damit wurde die Voraussetzung für eine einheitliche, alle proletarischen Schichten erfassende Massenbewegung geschaffen. Die SPD.-Führer versuchten immer wieder, die sich anbahnende Einheitsfront zu zerschlagen. Ihr Kampf richtete sich in erster Linie gegen die Einheitskomitees, die aus der Bewegung heraus gehoben wurden. Alle Versuche, sie zu zerschlagen, die sozialdemokratischen Arbeiter zurückzuhalten, scheiterten an dem entschlossenen Kampfeswillen der Arbeiterschaft, die dem Doppelspiel der sozialdemokratischen Parteiführer, die gleichzeitig an der „Verbesserung" des Kompromißgesetzentwurfs der Parteien der Fürstenfreunde mitarbeiteten, mit größtem Mißtrauen gegenüberstanden.

Heute können wir — trotz aller Sabotage und Verwirrungsmanöver der Bourgeoisie wie auch der sozialdemokratischen Parteiführer — feststellen: Die Front gegen die Fürstenräuber und die Helfershelfer im Lager der Bourgeoisie wächst, wächst täglich und unaufhörlich. Millionen fordern die entschädigungslose Enteignung, weitere Millionen werden sich der Kampffront einreihen, wenn der Ruf bis in das letzte Dorf gedrungen ist. Die Sabotage derer, die bereit sind, den Fürsten neue Milliardenwerte nachzuwerfen, wird zerschellen an dem Willen des Millionenheeres, das es satt hat, sich noch weiter ausplündern zu lassen.

Die Bourgeoisie, die Parteien des Volksbetrugs und der Volksausplünderung, die vor zwei Monaten noch glaubten, die von der KPD. eingeleitete Bewegung ignorieren zu können, fühlen sehr gut die elementare Kraft,

die in der Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung steckt. Sie haben ihre Taktik geändert und holen jetzt zu einem Gegenstoß aus, dessen Ziel die Durchkreuzung und Verhinderung der entschädigungslosen Enteignung ist.

Ihre Hauptstützung finden die Fürstenknechte in der Sabotage der Behörden, von der Reichsregierung angefangen bis zu der kleinsten reaktionären Gemeindebehörde. Die Regierung Luther hat sich nicht nur mit einer Willenskundgebung gegen die Fürstenenteignung begnügt, sondern fördert offensichtlich die Sabotage der unteren Behörden, die trotz eindeutiger Verfassungsbestimmungen die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung des Volksbegehrens unterlassen.

Der Gegenstoß der Bourgeoisie richtet sich aber nicht nur gegen die Front der den Volksentscheid fordernden Massen, sondern zielt darauf ab, jede Einheitsbewegung der Massen des werktätigen Volkes dauernd zu stören und unmöglich zu machen. Nur in diesem Sinne können die Anträge der Deutschnationalen Volkspartei auf Abänderung der Weimarer Verfassung betrachtet werden, die praktisch auf die gesetzliche Durchführung nicht einer Verfassungsänderung, sondern eines Verfassungsumsturzes, eines Staatsstreiches hinauslaufen. In der „Kreuzzeitung" tritt Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, ganz offen für den Verfassungsumsturz ein, „damit die Bäume des Volksentscheids nicht in den Himmel wachsen". Hier tritt der Zusammenhang der deutschnationalen Anträge mit dem Kampf gegen den Volksentscheid mit aller Deutlichkeit zutage.

Es steht also fest, daß Reichstag wie Reichsregierung alles tun werden, um den im Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung zum Ausdruck kommenden Willen von Millionen des deutschen Volkes zu unterdrücken; d. h. sie werden kein Mittel unversucht lassen, trotz Volksentscheid die entschädigungslose Enteignung der Raubfürsten im Interesse des notleidenden Volkes zu verhindern.

So erweitert sich zwangsläufig der Kampf gegen den Fürstenraubzug zu einem Kampf gegen die Fürstenknechte im Reichstag, wie in der Reichs- und den Länderregierungen.

Die Millionen, die die restlose entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordern, müssen mit derselben Kraft die Auflösung dieses arbeiterfeindlichen Reichstages und den Sturz der monarchistischen Luther-Regierung fordern. Nur auf diesem Wege werden die Hindernisse für die Durchführung des Volkswillens beseitigt werden.

Dieser Reichstag, der den Aufwertungsbetrug der Inflationsopfer beschloß, der den Steuer- und Zollraubzug durchführte, muß aufgelöst werden. Die Luther-Regierung, die brutal jede Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ablehnte, die sich brüsk über die Notlage der unteren und mittleren Beamten hinwegsetzte, den deutschen Industriekapitänen aber ein neues 500-Millionengeschenk machte, sich schützend vor die Raubansprüche der Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner und der übrigen Fürstengilden stellt, muß verschwinden!

Die Tage der Einzeichnung für das Volksbegehren müssen im Zeichen des Aufmarsches der Werktätigen in Stadt und Land nicht nur gegen die ehemaligen „Landesväter", sondern auch gegen deren Diener und Knechte im Reichstag und in der Reichsregierung stehen!

Ostelbische Rüpelei

Was alles in der Republik möglich ist

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei erhielt nachfolgenden, mit dem Poststempel „Nordenburg Kreis Gerdauen den 24. 2. 26" versehenen Brief:

„Sauwinkel i. Ostpr., den 24. 2. 1926. Kommunistische Partei Deutschland, Berlin C. 54, Rosenthaler Str. 38. Der Partei zur gefl. Nachricht, daß die mir eingesandten Eintragungslisten zum Volksentscheid über Fürstenvermögen ich heute erhalten habe, welche auch gleich bei mir eine gute Verwendung gefunden haben. Mir mangelte es nämlich an Closetpapier, und habe ich sie auch gleich zum Arschwischen benutzt und sie mir dabei gute Dienste geleistet haben. Sie können versichert sein, daß Ihre Listen im vergoldeten Zustand bei mir im Closett gut aufgehoben sind. Sollten Sie in Zukunft noch ein Anliegen haben, so schicken Sie mir nur getrost noch mehrere solcher Listen, aber möglichst in Pergamentpapier, da die hiesigen etwas hart waren. Wir Ostpreußen sind in dieser Hinsicht etwas verwöhnt und benutzen nur Pergamentpapier. In der Hoffnung, recht bald mehr solcher Arschwische zu bekommen, begrüße ich Sie im Namen sämtlicher ostpreußischen Antikommunisten, und wünsche Ihnen noch recht viel solcher Erfolge. Einer der es mit ihnen denkt und gut meint."

Wir haben diese Schweinerei im Wortlaut einschließlich aller orthographischen und stilistischen Fehler zum Abdruck gebracht, um der Arbeiterschaft zu zeigen, was alles in der heutigen Republik möglich ist. Es handelt sich wahrhaftig nicht darum, daß der Nordenburger Gemeindevorsteher — denn um niemand anderen kann es sich hier handeln — sich Frechheiten gegen die Kommunistische Partei erlaubt. Wir bekennen offen, daß wir in diesem Punkte abgebrüht sind, auch solche Ferkeleien zu ertragen. Wir denken auch nicht daran, uns darüber zu entrüsten, daß dieses Individuum — das sicherlich besser als Latrinenwärter anstatt als Gemeindevorsteher zu verwenden ist, was keinesfalls eine Beleidigung der Latrinenwärter darstellen soll — zu feige ist, seinen Namen zu nennen. Muß er doch dann fürchten, wegen seiner „Gesinnungstapferkeit" zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Worum es sich hier handelt — und das ist der einzige Grund, warum wir dieses „Schreiben" zur Kenntnis der Oeffentlichkeit bringen — ist, zu zeigen, mit welchen Mitteln die reaktionären Saboteure des Volksbegehrens und Volksentscheids aufzutreten wagen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft diesen Burschen die Sabotage so verleiden wird, daß ihnen sogar die Lust zum Arschwischen vergeht.

Nochmals die Amnestie in Sachsen

Die Vorlage, die die Regierung dem Landtag vorgelegt und die nach der darin enthaltenen Erklärung eine Rückgabe des am 19. Januar beschlossenen Gesetzes bedeuten soll, bedeutet in der Praxis einen Angriff auf die Linke. Die Regierung verschärft die Bestimmungen über die Amnestie im besonderen der Beleidigungsparagraphen und stellt obendrein eine unterschiedliche Behandlung verschiedener Straftaten dar. Insbesondere aber mit den Bestimmungen über die Paragraphen 185 bis 187 des Strafgesetzbuches soll die geforderte Amnestie glatt zu einer Verschrift über einen Gnadenerlaß umgewandelt werden. Während nach der Annahme des Gesetzvorschlages der Sozialdemokraten die Beleidigungen einfach mit unter die Amnestie gefallen wären, biegt der neue Gesetzentwurf diese von der Mehrheit des Landtages gewollte Forderung um. In dem Gesetzentwurf heißt es jetzt: Strafverfahren werden niedergeschlagen:

„gegen die Paragraphen 185 bis 187 des Strafgesetzbuches, soweit sie durch oder bei öffentlichen Kundgebungen in politischem oder wirtschaftlichem Kampfe begangen sind, die politische oder wirtschaftliche Betätigung des Verletzten zum Gegenstand haben **und aus der Form und den begleitenden Umständen sich nicht die Absicht der Ehrabschneidung ergibt.**"

Schon die gesamte Fassung dieses Absatzes stellt eine sehr weitgehende Einschränkung der Amnestie dar. Der Satz aber: **„und aus der Form und den begleitenden Umständen sich nicht die Absicht der Ehrabschneidung ergibt"**, hebt die gesamte Amnestie in diesem Falle überhaupt auf. Wer entscheidet darüber, ob diese Absicht vorlag? Irgendein reaktionärer Richter oder das reaktionäre Justizministerium. Eine an uns gelangte Mitteilung, daß das Justizministerium die Niederschlagung von Preßvergehen eines unserer Redakteure abgelehnt hat, zeigt den Kurs, den man dort steuern will.

Die politische Bedeutung dieser neuen Amnestiefassung ist aber die, daß der Justizminister durch diesen Gesetzentwurf zum Gegenschlag gegen die linken Sozialdemokraten ausholt.

Als das Amnestiegesetz der Sozialdemokraten angenommen war, schrieb die „Leipziger Volkszeitung", jetzt sei der Justizminister eine Leiche, er müsse zurücktreten. Der Justizminister erklärte damals, warten sie nur erst ab, er hatte also schon bei der Annahme die Absicht der Sabotage. Nach dem Satz 2 des Artikels 34 der sächsischen Verfassung kann aber nur das Gesamtministerium ein vom Landtag überwiesenes Gesetz zurückweisen.

Die vier sozialdemokratischen Minister, die zum Teil als Abgeordnete mit für das Gesetz gestimmt haben, haben als Minister ihre Zustimmung zur Zurückweisung des Gesetzes an den Landtag erteilen müssen, und wohl auch erteilt. Die andere Abstimmung vor dem Landtag konnte damit nur den Zweck haben, die Mitglieder und Delegierten der SPD. zu täuschen. Die jetzige Stellung der Minister ist ein Vorstoß gegen die Linken und eine erneute Bestätigung der engeren Bindung an die Bürgerlichen. Die Linken aber bleiben bei ihrer schlappen Haltung ständig die Lohgerber.

Die Kommunisten sind es gewesen!

Ein Landgerichtsdirektor als Betrüger.

Berlin, 27. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Berliner Morgenpresse berichtet, daß gegen den Landgerichtsdirektor beim Landgericht III, Jörgens, und dessen Frau Haftbefehl wegen Versicherungsbetrug erlassen sei. Jörgens war früher Leiter des großen Schöffengerichts in Berlin, nachdem drei Jahre in Stargard in Pommern, wo er sich hauptsächlich bei Kommunistenprozessen beteiligte. Später wurde Jörgens Untersuchungsrichter in Stargard. In seine dortigen Hotelwohnung wurden im Sommer und Herbst anläßlich eines Erholungsurlaubs mehrere große Einbrüche vorgenommen, bei denen Schmuckgegenstände, Geldbeträge und wichtige Akten verschwunden sind. Jörgens erklärte diese als Racheakte der von ihm abgeurteilten Kommunisten und steckte beträchtliche Versicherungssummen ein. Durch staatsanwaltschaftliche Untersuchung kam der Schwindel ans Tageslicht. Jörgens hatte die Einbrüche fingiert. Während er selbst einen „Nervenzusammenbruch" erlitt, wurde seine Frau verhaftet.

Gescheiterte Verhandlungen im Holzgewerbe

Berlin, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrigen Verhandlungen der Unternehmer und der Arbeiterverbände in der Holzindustrie vor dem Reichsarbeitsminister sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer wollten keine Zugeständnisse machen. Da eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 3. Februar nicht beantragt wurde und auch der Reichsarbeitsminister seinerseits ein weiteres Eingreifen in den Konflikt abgelehnt hat, besteht gegenwärtig in der Holzindustrie der tariflose Zustand.

Um den 300-Millionenkredit an Sowjetrußland

Berlin, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie das „Abend-Abendblatt" berichtet, ist der Abschluß des 300-Millionen-Geschäfts mit Sowjetrußland perfekt. Der Abschluß der Warenkredite wird lediglich durch die Zinsbedingungen der Bankgruppe, die sich unter der Führung der Deutschen Bank mit dem großen Rußlandgeschäft befaßt, verzögert. Die Bankgruppe will sich nicht mit einem Zinssatz, der um 2 Prozent über dem Reichsbankdiskont liegt, begnügen, sondern will scheinbar einen Extraprofit aus diesem Geschäft ziehen und hat ihre Forderungen wesentlich erhöht.

Vor einer Riesenaussperrung in London?

London, 26. Februar. (Telunion.) Seit einigen Wochen stehen in London 700 Arbeiter im Streik. Die Arbeitgeber der Maschinenindustrie haben nunmehr für den 13. März die Aussperrung von 500 000 Arbeitern angekündigt, falls die 700 Streikenden bis zu diesem Termin die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben sollten.

Berichtigung zu dem Rundschreiben Nr. 1.26

In dem Rundschreiben des Zentralkomitees Nr. 1.26 betr. Sammellisten für die Fürstenenteignungskampagne ist ein Druckfehler enthalten. Es hieß darin, daß die Ortsgruppen von den gesammelten Geldern 30 Prozent, die Bezirksleitungen 20 Prozent und das Zentralkomitee 50 Prozent erhalten. Richtig muß es heißen, daß die Ortsgruppen von den gesammelten Beträgen 20 Prozent, die Bezirksleitungen 30 Prozent erhalten, während 50 Prozent an das Zentralkomitee abgeführt werden müssen.

Zentralkomitee der KPD., Sekretariat, Abteilung Kasse.

Achtung! Ausschneiden!

Alle Wahlberechtigten, die nach der Reichspräsidentenwahl (26. April 1925 bis 17. März 1926), also bis zum Tage des Volksbegehrens 20 Jahre alt werden, sind ebenfalls einzeichnungsberechtigt. — Sie müssen jedoch vor der Einzeichnung von der zuständigen Gemeindebehörde einen Stimmschein (Einzeichnungsschein) sich besorgen. (Siehe Reichsstimmordnung Paragraph 79, II. Abs. 4.)

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale, Dresden. Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

Mit Menschenfleisch gebaut — mit Blut gekittet!

Soldatenhandel brachte 100 Millionen!

Zwei große Ereignisse sind es, die in der Geschichte der Neuzeit wie Felsen aufragen. Ereignisse von der weittragendsten kulturellen Bedeutung: 1789 die große französische Revolution und 1812 bis 1814 die nationale Erhebung der Völker.

Die französische Revolution hatte das demokratische Prinzip, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, ein hochwichtiges Problem, wenigstens für ein Land zunächst gelöst, aber wie ein mächtiger Orkan wehten die Ideen der Revolution hin über Meer und Länder, überall einen segensreichen, fruchtbringenden Samen in den Schoß der Völker zu legen, der nach und nach zur herrlichen Frucht herangereift ist. „Freiheit" war jetzt das millionenfach wiederholte Stichwort des beginnenden Jahrhunderts. Alle Fortschritte und Erfolge, Rückschläge und Mißerfolge der verschiedenen Völker in dem Ringen nach Freiheit bilden den Mittelpunkt der so unendlich vielseitigen, oft schwer unter einen Begriff zu fassenden Bestrebungen dieser Zeit. Auch Deutschland berührte dieses Ereignis. Unser Land und Volk befand sich in einem höchst zerrütteten, elenden Zustande. Das liebe Vaterland zerrissen in eine ganze Anzahl Vaterländer, jedes mit einem Despoten an der Spitze; an den meisten Fürstenhöfen eine Mätressen- und Schandwirtschaft, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann, das Heerwesen verzopft, das Volk, besonders der Bauer, im elendsten, meist noch leibeigenen Zustande. Sagt doch der Geschichtsschreiber Professor von Treitschke selbst, daß zu dieser Zeit **ein deutscher König ein Gebot erließ, daß den Bauern befahl, seinen Beamten knieend den Stock zu küssen.**

Schamlos haben verschiedene dieser Landesväter mit deutschem Gut und Blut gewirtschaftet, ein Beweis dafür ist das Verkaufen von Landeskindern an fremde Fürsten.

Schon im 17. Jahrhundert kamen mehrere deutsche Fürsten auf den Gedanken, ihre Soldaten an ausländische Regenten zur Verwendung im Kriege gegen entsprechende Bezahlung zu vermieten, oder sie gleich direkt zu verkaufen. Seit 1676 vermieteten die Landgrafen von Hessen gar häufig ihre Soldaten an Dänemark, England, Venedig, Holland usw. Im Jahre 1688 kämpften so verschacherte Badenser, Württemberger, Waldecker und Meininger im fernen Griechenland für die Venediger. Der **bayrische Kurfürst Karl Albrecht verkaufte 1738 nicht weniger als 8000 Soldaten à 50 Gulden an Oesterreich**, und als im 18. Jahrhundert die Nordamerikaner den Kampf gegen die drückende englische Herrschaft begannen, litt der König von England Soldatenmangel. Sofort **erklärten sich deutsche Fürsten bereit, Truppen zu liefern, zumal England 50 Taler und falls ein solcher Soldat verwundet oder getötet wurde, weitere 30 bis 40 Taler dem betreffenden Landesvater zahlte.**

Außerdem erhielten diese Fürsten beträchtliche Subsidien:

Hessen-Kassel	lieferte	17 000	Mann	und	empfing	61 450 000 Mk.
Braunschweig	„	5 700	„	„	„	17 500 000 „
Hanau	„	2 400	„	„	„	11 240 000 „
Ansbach	„	2 600	„	„	„	2 940 000 „
Waldeck	„	1 200	„	„	„	2 800 000 „
Zerbst	„	1 100	„	„	„	2 300 000 „

Sechs Landesväter haben mithin 30 000 deutsche Jünglinge verkauft von denen 12 000 zugrunde gingen. Die Einnahmen hierfür beliefen sich auf ungefähr 100 Millionen Mark.

Während die verschacherten Untertanen im fernen Amerika für Fürsten und Vaterland ihr Leben opferten, führten die Herren Landesväter ein üppiges Schwelgerleben und bauten Lustschlösser. Die Prachtgebäude, womit zum Beispiel in jenen Tagen Kassel geschmückt wurde, sind — wie ein Historiker sich derb ausdrückt, gleichsam

„mit Menschenfleisch gebaut und mit Blut gekittet".

Der Brillantschmuck dieser oder jener Durchlaucht-Mätressen war mit dem Erlös aus Untertanenblut gekauft.

Schiller, dieser revolutionäre Dichter, hat in einem seiner schönsten dramatischen Werke „Kabale und Liebe", ebenfalls diese elenden Zustände auf die schroffste Weise verurteilt und zugleich ein großartiges, zutreffendes Bild der damaligen abscheulichen Fürsten-Mätressen- und Adelswirtschaft entworfen.

Geschäft mit Landeskindern

Im 18. Jahrhundert verkauften bekanntlich die „von Gottes Gnaden" ihre Landeskinder kompagnieweise an jeden anderen kriegführenden Staat, der ihnen gutes Geld dafür zahlte. Zur Illustration der damaligen Zustände diene nachfolgender Brief des Landgrafen von Hessen-Kassel, den er an den Oberbefehlshaber der an England verkauften hessischen Truppen in Amerika am 8. Februar 1777 sandte:

„Baron Hohendorff!

Ich erhielt zu Rom bei meiner Zurückkunft von Neapel Ihren Brief vom 27. Dezember letzten Jahres. Ich ersah daraus mit unaussprechlichem Vergnügen, welchen Mut meine Truppen bei Trenton entfalteten, und Sie können sich meine Freude denken, als ich las, daß von 1950 Hessen, welche in dem Gefecht waren, nur 300 entkamen. Da wären denn gerade jetzt gefallen; ich kann nicht genug Ihre Klugheit empfehlen, eine genaue Liste an meine Bevollmächtigten in London zu senden. Diese Vorsicht wird um so mehr nötig sein, als die mir von dem englischen Minister zugesandte Liste aufweist, daß nur 1455 gefallen seien. Auf diesem Wege sollte ich 160 050 Gulden verlieren. Nach der Rechnung des Lords von der Schatzkammer würde ich bloß 483 450 Gulden bekommen, statt 643 500. Sie sehen wohl ein, daß ich in meiner Forderung durch einen Rechenfehler gekränkt werden soll, und Sie werden sich die äußerste Mühe geben, zu beweisen, daß Ihre Liste genau und keine unrichtig sei. Der britische Hof wendet ein, daß 300 verwundet seien, für die sie nicht den Preis von Toten zu bezahlen brauchten. Erinnern Sie sich daran, daß von den 300 Lacedämoniern, welche den Paß bei Termopyla verteidigten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich, wenn ich das von meinen braven Hessen sagen könnte. Sagen Sie dem Major Mindorff, daß ich außerordentlich unzufrieden mit seinem Benehmen bin, weil er sein Bataillon gerettet habe; während des ganzen Feldzuges sind ja nicht zehn von seinen Leuten gefallen!"

Die Nachfahren dieses „Landesvaters", die depossedierten Landgrafen von Hessen, verlangen jetzt nicht nur von den „braven Hessen", sondern von den Millionenmassen der deutschen Werktätigen gute Gelder für ihre „Ansprüche", mit ihnen die gesamte Fürstenbande. — Diesmal wird ihnen das deutsche Volk einen dicken Strich durch ihre Guldenrechnung machen!

Roter Pfeffer

Auf den Berliner Postämtern wird von den unteren Beamten folgender zeitgemäßer Witz verbreitet:

Wilhelm sitzt mit Hermine beim Essen.

Hermine: „Du, Willi, mir juckt die linke Hand; ich glaube, sie geben uns doch das Geld!"

Wilhelm schweigt nachdenklich und legt sich zur Siesta aufs (aus Berlin geklaute) Sofa. Nach einer Weile sagt er:

„Du, Mine, mir juckt der A . . . .; ich glaube, sie werden uns was sch . . . . . !"

Die unverschämten Fürstenforderungen — Mobilisiert die Massen für den Volksentscheid

bedrohen die Existenz des Deutschen Volkes

Die ehemaligen deutschen Fürsten organisieren den Raubzug auf die deutsche Bevölkerung. 2600 Millionen Mark verlangen die gekrönten Häupter von ehedem. Das deutsche Volk soll seine Gutmütigkeit aus dem Jahre 1918 teuer bezahlen. Weil die Massen der Werktätigen damals vergessen haben, gründlich mit den Fürsten Abrechnung zu halten, weil die arbeitenden Schichten nicht die reaktionären Handlanger der Monarchen aus Justiz und Verwaltung herausgeworfen haben, stellen jetzt die Fürsten diese Forderungen. Nicht nur die Legitimen, die Hohenzollern, Wittelsbacher oder Wettiner usw., kommen, ihre Forderungen zu erheben, sondern auch alle die Geister, die ihren Anspruch aus grauen Vorzeiten oder aus einer Bettgenossenschaft mit einem gekrönten Haupt herleiten, marschieren auf. Da kommen die Fürsten, die noch von ihren Ahnen her sogenannte „depossedierte Fürsten" herumlaufen, auch sie wollen ein Recht auf Rente zu haben. Insgesamt marschieren heute solcher Herren auf, die zusammen eine Rente von [illegible] Mark fordern. Daneben verlangen 11 sogenannte [illegible] jährliche Renten von 358 137 Mark. Die Herzöge von Schleswig-Holstein leiten ihre Ansprüche davon ab, daß sie früher einmal von Dänemark unterstützt wurden. Die Forderungen der Geliebten der Mecklenburger sind allgemein bekannt. Die Condesa de Mayenau, ehedem Fräulein Urbas, verlangt [illegible] Mark Jahresrente, weil ihr Liebhaber ihr diese versprochen. Die Gräfin Vubnic-Litic verlangt 3½ Millionen, weil ihr diese Summe für in ihrem Besitz befindliche kompromittierende Papiere zugesagt erhalten hat.

Die auf diese Art ergaunerten oder „verdienten" Gelder sollen nun die deutschen Steuerzahler blechen.

Schon jetzt zahlte man den Hohenzollern 50 Millionen und eine Monatsrente von 50 000 Mark. Dazu kommen noch hohe Offizierspensionen. So erhalten: der Prinz Heinrich 17 127 Mk., Eitel Friedrich 10 075 Mk., Oskar 7554 Mk., Albrecht 3030 Mk., Leopold von Bayern 16 983 Mk., Rupprecht von Bayern 16 347 Mark.

Die große Masse des Volkes hungert. Während man jetzt den kleinen Sparern die Spargroschen mit 12 Prozent aufgewertet hat, wertete man die Renten der Mecklenburg-Schweriner mit 700 Prozent, die der Ernestiner sogar mit 1400 Prozent auf. Während man den Fürsten Riesenpensionen oder Renten zahlt, erhalten die Invalidenrentner 19 Mark pro Monat, ein verheirateter Erwerbsloser mit zwei Kindern 17,70 Mk., eine Kriegerwitwe bekommt 50 Pf. bis 1,50 Mk. täglich und ein Kriegsgefangener, der jahrelang in Kriegsgefangenschaft war, bekommt bei seiner Rückkehr 98 Mark ausgezahlt. Zudem sind 1½ Millionen Erwerbslose in Deutschland, für die wir das Geld benötigen.

Deswegen keinen Pfennig den Fürsten, alles Geld für die Sozialrentner, für Arbeitsbeschaffung, für Wohnungsbau, das ist die Parole aller Werktätigen, aller Beamten, Arbeiter, Angestellten, der betrogenen Mittelständler.

Am 4. März liegen erstmalig die Listen zum Volksbegehren aus. In Massen müssen die Werktätigen aufmarschieren, um den Raubzug der Fürsten zuschanden zu machen. Keiner darf fehlen, alle heran an die Listen!

Die gesamte Reaktion hat sich zur Sabotage verschworen. Schon weigerten sich reaktionäre Gemeindevorstände, die Listen auszulegen.

Die ausgeplünderten Massen dürfen sich die Sabotage nicht gefallen lassen, jetzt erst recht muß es gelingen, wir werden siegen!

Das Mietzinssteuergesetz der sächsischen Regierung

Eine neue Belastung der sächsischen Mieterschaft

Die Mietzinssteuer ist diejenige Steuer, die aus den Landesgemeinden die höchste Summe einbringt. Nach der jetzt von der Regierung präsentierten Vorlage wird eine Erhöhung der Steuer von bisher 27 v. H. der Friedensmiete **auf 40 v. H. der Friedensmiete** vorgesehen. Von diesen 40 v. H. entfallen auf den Staat für Verwaltungsausgaben 11 Teile, das sind 49½ Millionen Mark. Auf die Gemeinden entfallen für dieselben Zwecke 6 Teile oder 27 Millionen Reichsmark. Auf die Fürsorgeverbände entfallen die bedeutend geringere Summe von 13,5 Millionen Reichsmark oder 3 Teile, die restlichen 20 Teile sollen zum Wohnungsbau Verwendung finden und nach den Vorschlägen der Regierung 90 Millionen Reichsmark ergeben. Insgesamt stellt sich die prozentuale Belastung durch die Mietzinssteuer einen Betrag von 450 Millionen Mark dar. Das bedeutet fast eine Verdreifachung der bisher eingezogenen Summe. Diese ungeheure Belastung wirkt besonders kraß, wenn man daneben die Ausführungen des Reichsfinanzministers stellt, der erklärte, **daß er bei den Besitzenden eine Ermäßigung der Reichssteuern um 500 Millionen Mark durchzuführen gedenke;** während man bei der Landesregierung, wie in Sachsen unter dem Finanzministerium [illegible], dessen Praxis jetzt durch Dehne fortgesetzt wird, dazu übergeht, den Besitzenden Steuern zu erlassen, wird hier mit dem Mietzinssteuergesetz eine gesteigerte Belastung der werktätigen Massen durchgeführt. Nach den Beschlüssen der Reichsregierung soll die Durchführung dieser Mietzinssteuer-Erhöhung am 1. April 1926 mit einer gleichzeitigen Erhöhung der Gesamtmiete auf 100 Prozent der Friedensmiete erfolgen. Dem Druck der breiten Massen nachgebend, hat die Reichsregierung die Vorlage der Hausbesitzer noch einmal zurückweisen und von der Erhöhung der Friedensmieten auf 100 Prozent bis zum 1. April absehen müssen. Die Annahme des Aufwertungssteuergesetzes (Mietzinssteuer) in Sachsen wird aber **sofort** eine neue Erhöhung der Mieten mit sich bringen, so daß die Mittel, die durch dieses Gesetz bereitgestellt werden sollen, aus den Taschen der breiten Schichten der Mieterschaft gezogen werden.

Die Kommunistische Partei hat von jeher gegen diese Steuer den stärksten Kampf geführt. Die Kommunistische Partei ist ebenfalls nicht gegen eine gesteigerte Belebung des Wohnungsbaues eingestellt. Gerade im Gegenteil fordern die Kommunisten immer eine stärkere Erhöhung der Bautätigkeit. Wogegen die Kommunistische Partei bisher Stellung genommen hat und auch weiter Stellung nehmen wird, das ist, **daß man die Mittel von den ärmsten Kreisen erpressen will.** Wir sind der Auffassung, daß, wenn man, **anstatt** die Steuern der Besitzenden immer weiter herabzusetzen, die außenstehenden gestundeten und hinterzogenen Steuern der besitzenden Klasse beitreiben würde, daß dann Mittel genug zur Verfügung ständen, den Wohnungsbau mit Entschiedenheit auch ohne eine weitere Ausplünderung der Mieter durchzuführen. Schon die jetzt durch die vom Reichsfinanzminister geplante Herabsetzung der Steuern der Besitzenden entfallende Summe würde die Möglichkeit zur Durchführung eines ausgedehnten Wohnungsbauprogramms geben. Würde man die vielen überflüssigen Ausgaben für Reichswehr, Reichsmarine und den ungeheuren Apparat der Polizei für die sozialen Bedürfnisse und zum Teil für den Wohnungsbau einstellen, dann wurde damit vollauf genügend Geld vorhanden sein, um auf dem schnellsten Wege die Wohnungsnot auch ohne Steuererhöhungen zu beseitigen. Für eine solche Regelung des Wohnungsbaues wird die Kommunistische Partei mit aller Entschiedenheit eintreten. Sie wird aus diesen Gründen, da sie einer erhöhten Belastung der **werktätigen** Massen ihre Zustimmung nicht geben kann, gegen die Vorlage der Regierung Stellung nehmen. Das wird **natürlich nicht verhindern,** daß die Kommunisten zu der Vorlage selbst eine Anzahl Abänderungsanträge stellen und im Interesse der Mieterschaft an der Vorlage mitarbeiten werden. **Die Tatsache aber, daß das neue Mietzinssteuergesetz eine gewaltige Erhöhung der Lasten** mit sich bringt, wiegt die kleinen Verbesserungsvorschläge, die in der Vorlage gemacht werden, vollständig auf. In der Begründung der Vorlage gibt die Regierung eine vollständig falsche Darstellung über die Träger der Steuerlasten. Die Regierung erklärt, daß die Aufwertungssteuer einen Ausgleich dafür schaffen soll, daß durch die Inflation im Verbindung mit den Aufwertungsvorschriften die Verpflichtung der Verzinsung und Tilgung der Vorkriegshypotheken nach Höhe von 75 v. H. weggefallen sei. Die Steuer solle keineswegs durch die Mieter, sondern in erster Linie vom Grundstückseigentümer selbst getragen werden. Wenn eine solche Darstellung richtig wäre, dann dürfte mit jeder Erhöhung der Aufwertungssteuer nicht eine Erhöhung der Mieten erfolgen. Denn dadurch, daß eine Erhöhung der Mieten eintritt, wird ja festgestellt, daß die Belastung von den Mietern und nicht vom Hausbesitzer getragen wird. Insbesondere da der § 5 des Gesetzes bestimmt, daß der Mieter dem Vermieter gegenüber verpflichtet ist, einen Betrag zu bezahlen, der der Höhe der auf den Wohnraum des Mieters berechneten Mietzinssteuer entspricht.

Aus der Tatsache der unbedingten Abwälzung der Steuern auf die Mieter ergibt sich selbstverständlich die Stellungnahme der kommunistischen Fraktion, die nicht anders sein kann, als Ablehnung, insbesondere da nach den Feststellungen der Regierung selbst die Mietzinssteuer auf den Kopf der Bevölkerung einen außerordentlich hohen Betrag erreicht. So fallen zum Beispiel in Leipzig **auf den Kopf der Bevölkerung 17,70 M.,** in Dresden 15,29 M. Daß in einigen Gemeinden die Steuer dadurch, daß die Friedensmieten nicht so hoch waren, niedriger bleibt, kann ja für die grundsätzliche Stellung zu dieser Steuer nicht von Bedeutung sein.

An Abänderungen gegenüber dem bis jetzt bestehenden Gesetz bringt die neue Vorlage außer den von uns schon eingangs angeführten Erhöhungen um 13 Prozent auf 40 v. H. der Friedensmieten noch einige andere Regelungen, so z. B. in der Verteilung der Steuer. Während die Staatsregierung bisher 10 v. H. des Nutzungswertes erhielt, bekommt sie jetzt 11 v. H. Die Bezirksverbände und bezirksfreien Gemeinden erhalten jetzt 3 statt früher 2 v. H. des Nutzungswertes. Außerdem erhalten die Gemeinden 6 v. H. zur Deckung ihrer finanziellen Ausgaben und dann 20 v. H. zum Wohnungsbau. Während bis jetzt alle Gemeinden mit weniger wie 1000 Einwohnern den für den Wohnungsbau bestimmten Teil der Mietzinssteuer an den Bezirksverband abzuführen hatten, wird jetzt bestimmt, daß alle Gemeinden, die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 noch nicht 5000 Einwohner hatten, ihre Einkommen für den Wohnungsbau an den Bezirksverband abzuführen haben. In diesen Gemeinden hat der Bezirksverband für die Förderung des Wohnungsbaues zu sorgen. Von den Einnahmen für den Wohnungsbau sollen die Gemeinden und Bezirksverbände ein Drittel an den Staat abführen, welcher aus diesen Mitteln zur Förderung der Bautätigkeit Darlehen ausleiht. Mit dieser Maßnahme soll erreicht werden, daß die jetzt bestehende Ungleichheit der Wohnungsnot in den verschiedenen Gemeinden ausgeglichen wird. Insbesondere sollen die Mittel für Kleinwohnungsbau und zu Darlehen an minderbemittelte kinderreiche Familien usw. verwendet werden.

Besonders zu bemerken ist, daß nach der neuen Gesetzesvorlage die bis jetzt von der Mietzinssteuer freigebliebenen Wirtschaftsgebäude der Landwirte ebenfalls zur Mietzinssteuer herangezogen werden sollen. Anderseits wird aber unterstrichen, daß nach dem 1. Juli 1926 fertiggestellte Neubauten nur dann besteuert werden, wenn zu ihrer Erbauung Darlehen in Papiermark bewilligt sind. Neubauten, die mit wertbeständigen Darlehen erbaut sind, sind von der Steuer befreit. Eine weitere Maßnahme ist die Festsetzung der Befreiung von der Mietzinssteuer. Diese soll erfolgen, wenn der Lohn nicht das einkommensteuerfreie Einkommen übersteigt. Insgesamt jedoch soll eine Befreiung nur eintreten, wenn die einen Haushalt führenden Personen nicht mehr wie 2400 Reichsmark Einkommen haben. Das bedeutet, daß, während bis jetzt ledige Arbeiter mit einem Monatseinkommen bis 68,49 M. und ein Verheirateter mit zwei Kindern bei einem Monatseinkommen von 72,14 M. von der Steuer befreit waren, die Befreiungsgrenze jetzt für einen ledigen Arbeiter auf monatlich 108,49 M. und einen verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern auf monatlich 148,49 M. festgesetzt wird. Praktisch ist diese Befreiung natürlich vollständig unzulänglich. Wir werden bei der Beratung dieses Gesetzes besonders dazu Stellung nehmen. Was wir jetzt nochmals unterstreichen, ist die Tatsache, daß die sächsische Koalitionsregierung, in der 4 Sozialdemokraten die Mehrheit besitzen, ohne Widerspruch den Weg der reaktionären Lutherregierung mitmarschiert, es widerspruchslos anerkennt, ja mitmacht, daß die besitzenden Klassen entlastet, die Minderbemittelten jedoch stark belastet werden. Daß man dieser Belastung einen sozialen Mantel umhängt, ändert ja nichts an der Tatsache, daß man diesen sozialen Zweck (Wohnungsbau) auch auf anderem Wege, wir haben darauf hingewiesen, erreichen könnte.

Keinen Pfennig aus den Taschen der Arbeiter

Die Sozialdemokraten haben bekanntlich zu ihren Anträgen einen Deckungsvorschlag gemacht, der eine 30prozentige Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer verlangt. Praktisch bringt eine solche Erhöhung immer wieder nur Belastungen der breiten Massen. Außerdem wird aber selbst bei einem Beschluß auf Erhöhung der Steuern die Regierung die Steuern nicht einmal eintreiben, sondern stunden. Das hat die Regierung ausdrücklichst erklärt. Es ist deshalb notwendig, im Zusammenhang mit den Beratungen des Etats eine Anzahl andere Vorschläge zu unterbreiten. Nur durch solche Maßnahmen wird es aber auch möglich sein, die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiter zu erfüllen, die Koalition in Sachsen zu sprengen.

Die kommunistische Fraktion wird unter anderem fordern, daß gestrichen werden folgende Ausgaben und daß die dann freiwerdenden Summen für die Erwerbslosen, die Sozialrentnerfürsorge usw. gebraucht werden:

Zu Kapitel 18:	
7. Aufwand für Heldt	12 000 Mark
17. Dienstaufwand f. Vertretung i. Berlin	38 000 „
20.—25. Vertretung in München	28 720 „
Kapitel 23:	
Anstaltsgeistliche	4 000 „
Gerichtsneubau in Auerbach	200 000 „
Fernsprechanlage in Waldheim	35 000 „
Kapitel 25:	
Amtshauptmannschafts-Neubau in Oschatz	300 000 „
Kapitel 32:	
Denkmalspflege	90 000 „
Tonkunst	25 000 „
Kapitel 33, Abteilung A:	
Polizeioberwachtmeister	3 000 „
Politische Abteilung	10 000 „
Pferde und Polizeihunde	26 100 „
Bauausgaben	177 600 „
Kraftwagen	45 000 „
Präsidiumsneubau in Leipzig	500 000 „
Abteilung B:	
1 Landespolizeioberwachtmeister	4 500 „
Wachtmeister	12 000 „
Eiserne Portionen	715 300 „
Kraftwagen	500 000 „
Nachrichtendienst	160 000 „
Waffen, Pferde, Hunde	458 000 „
Abteilung C:	
Pferde, Hunde	30 000 „
Kapitel 43:	
Beitrag für Leipziger Messe	100 000 „
Beitrag für Jahresschau Deutscher Arbeit	50 000 „
Kapitel 49:	
Landespferdezucht	320 000 „
Kapitel 62:	
Evangelische Kirchen	980 630 „
Kapitel 63:	
Katholische Kirche	50 220 „
Kapitel 64:	
Universität Leipzig:	
Entschädigung des Rektors	24 000 „
Für akademische Feiern:	
Zuschuß zur Universitätskirche	11 000 „
Zuschuß zu Studentenausflügen	20 000 „
Kapitel 66:	
Entschädigung des Rektors	20 000 „
Für akademische Feiern:	
Zuschuß zu Studentenausflügen	50 000 „
Kapitel 68:	
	1 100 000 „
Polizei	5 000 000 „
Justiz	5 000 000 „

Des weiteren wird die kommunistische Fraktion fordern, daß die dann noch notwendigen Ausgaben durch die bessere Beitreibung der noch ausstehenden Steuern der Besitzenden aufgebracht werden.

Wir glauben, daß wir damit den breiten Massen der Arbeitenden besser dienen zu können, ohne eine neue Belastung für dieselben herbeizuführen.

Fürstenmöbel für Reichsbahndirektionen

1 Pfennig Lohnerhöhung aber „untragbar".

Der demokratischen „Berliner Volkszeitung" wird von unterrichteter Seite über die Korruptionsschande im Reiche des demokratischen Generaldirektors der Reichsbahn-A.-G. geschrieben:

„Reichsbahndirektor Stapf hat die 18-Zimmer-Wohnung am Potsdamer Platz, die er heute bewohnt, und gerade jetzt durch den Einbau einer elektrischen Uhr verschönern läßt, bei seinem Amtsantritt nicht vorgefunden. **Ihm standen anfangs etwa 15 Zimmer zur Verfügung. Das war nicht genug.** Das Maschinenamt III des Bahnhofs mußte auf Stapfs Veranlassung einige Stuben räumen, um die der Direktor dann seine Behausung erweiterte. Die Möbel, die Direktor Stapf zur Ausschmückung der Räume für unbedingt erforderlich hielt, wurden zum Teil den ehemaligen Fürstenzimmern des Potsdamer Bahnhofs entnommen.

Um seinen Chauffeur stets in der Nähe zu haben — der jeden Morgen die Kinder des Herrn Stapf in die Schule fährt —, veranlaßte der Direktor eine im Vorderflügel des Bahnhofs wohnende Witwe, sowie den Bahnhofsrestaurateur zur Räumung ihrer Zimmer und brachte den Kraftwagenführer in den so freiwerdenden fünf Stuben unter. Der Stationswirt mußte in die „Fürstenzimmer" ziehen, der Witwe wurde eine Wohnung hoch im Norden verschafft. Es heißt, daß **die Kosten, die für den Umbau der Chauffeurwohnung aufgewendet wurden, sich auf rund 8000 Mark belaufen ...**"

Dresden

27. Februar: 1925: Massenstreik in der Lodzer Textilindustrie. — 1923: Sechzigtausend Budapester Metallarbeiter im Streik. — 1921: Generalstreik in Warschau — Proklamierung der Sowjetrepublik Georgien. — 1919: Nationalversammlung nimmt das Reichswehrgesetz an. — 1917: Unruhen in Rußland. Erste Bildung von A.- und S.-Räten. — 1849: Eröffnung und Auflösung der preußischen Kammer. — 1846: Franz Mehring in Schlawe geb.

„Antike Wohnungskunst"

Ein Beitrag zur Frage des „Volksentscheids".

Das deutsche Volk, „einig in seinen Stämmen", hat „sich" eine Verfassung gegeben, die es den Fürsten ermöglicht, in der Zeit entsetzlichster Not dem Volk den letzten Groschen aus den bleichen Knochen zu pressen. Unser „guter August" und seine Familie haben ihren Teil schon erhalten. Die Novembermänner von der Sorte Heldt-Buck haben durch Zuschanzung riesiger Geldbeträge und Kunstschätze für die Behaglichkeit „ihrer" Hoheiten gesorgt. August hat sein „Rebelhorn", Mathilde ihren Nachttopf und ihren Stiefelknecht erhalten. Das Schmachvollste in der Geschichte des sächsischen Freistaates ist aber **die Auslieferung des herrlichen Schlosses Moritzburg mit Forsten und Domänen** in der Zeit höchster Wohnungsnot, in der Zeit tiefsten Kinderelends. Man greift sich an den Kopf, wenn man die Tragweite dieser „Sozialfürsorge" sich klar macht. Kennen wir denn nicht die düsteren Gassen Dresdens, deren Wohnungen Löchern gleichen? Hier wächst das Gros der Proletarierkinder auf, hier verkümmern die Frauen der Arbeiterklasse, hier versinken die Opfer der Wirtschaftsverhältnisse in einem Sumpf von Gleichgültigkeit und Verzweiflung. An einem solchen Haus in der Palmstraße prangt stolz ein Schild: „Antike Wohnungskunst". Es mutet wie bittere Ironie an, wenn man dieses Haus „antiker Wohnungskunst" betritt. Hier werden altertümliche Möbel „verarbeitet", Prachtstühle „renoviert", der erloschene Glanz einer verschwenderischen Vergangenheit wieder aufgefrischt. Eine Treppe, knapp für einen Menschen reichend, führt hinauf in die 2 Stockwerke und dann noch eine Holztiege in die Dachkammern, die von 2 Familien bewohnt werden. Armselig sauber ist es, kläglich leuchtet die frische Tünche von den zerfallenen Wänden, trübe blinken Fensterchen von der Größe 40 mal 40 Zentimeter auf einen traurigen, düsteren Hof. Kein Lichtstrahl dringt in dieses Haus. Die Augen seiner Bewohner scheinen stumpf und trübe. Die Werber der „Arbeiterstimme" aber dringen auch hier vor. Und als der Alarmruf: **„Keinen Pfennig den Fürsten!"** erschallt, ist es plötzlich aus mit der Gleichgültigkeit. Entschlossen flammen die Augen der Arbeiterfrau, als unsere Werber ihr von dem Schloß Moritzburg und den „barmherzigen Volksvertretern" erzählen, die ihre davongejagten Fürsten nicht „verhungern" lassen wollen. Und das kleine Mädel, dessen einziger Spielgefährte, ein alter Hund, vielleicht das erstemal vergeblich seine kleine Herrin zum Spiel ruft, hört mit aufleuchtenden Augen von den Schönheiten der Wälder und Gärten, die wir Kommunisten den proletarischen Kindern durch den Kampf erobern wollen. Für dieses Haus und für seine Einwohner, die tausende von Leidensgenossen in unserem „Elbflorenz" haben, wird der „Volksentscheid" eine Möglichkeit sein, den Urhebern ihres Loses einen Wechsel zu präsentieren, der ihnen die Augen übergehen lassen wird. Unsere Pflicht aber ist es, diese verzweifelnden Menschen zu sammeln, ihnen Mut und Entschlossenheit zu geben; verschafft der „Arbeiterstimme" Eingang in diese Häuser, und ihr werdet dem „Volksentscheid" zum Siege verhelfen!

Erneute Niederlage der Diktatoren im Stadtverordnetenkollegium!

Stadtverordnetensitzung vom 25. Februar 1926.

Zu Beginn der Sitzung lag zunächst ein geharnischtes Schreiben des

Verwaltungsausschusses des Arbeitsnachweises an die Stadtverordneten

vor, in dem zum Ausdruck kommt, daß der Verwaltungsausschuß sich gegen Ausführungen des Stv. Rösch wendet, zu denen er durch Mißbrauch eines unkorrigierten Stenogramms des Stv. Rösch durch den Stadtrat Krumbiegel kam. In dem Schreiben heißt es:

„Hierüber bringt der Verwaltungsausschuß einmütig **(mit allen Stimmen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer!)** seine Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß der Stadtverordnete Rösch in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten vom 28. Jan. 1926 dem Verwaltungsausschuß Unfähigkeit und Verschleppung vorgeworfen hat. — Der Verwaltungsausschuß verwahrt sich gegen diesen unerhörten und unberechtigten Angriff und nimmt mit Befriedigung von dem beiliegenden Bericht der allein zuständigen vorgesetzten Behörde des Arbeitsnachweises, des Landesamts für Arbeitsvermittlung, Kenntnis, der im Gegensatz zu der Meinung der Stadtverordneten u. a. zusammenfassend feststellt, daß vermeidbare Mißstände in der Organisation des Arbeitsnachweises nicht bestehen, vielmehr überall das ernste Bestreben der Verwaltung beobachtet werden kann, der außerordentlichen Schwierigkeiten, die die überall gestiegene Beanspruchung mit sich brachte, so schnell wie möglich Herr zu werden."

Der Stv. Rösch gibt daraufhin eine Erklärung ab, aus der wir nur folgende zwei Absätze zum Abdruck bringen:

„Ich muß also feststellen, daß Herr Stadtrat Dr. Krumbiegel den Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises falsch unterrichtet hat und es darauf zurückzuführen ist, daß der Verwaltungsausschuß diese Erklärung abgibt. — Wenn der in der Erklärung des Verwaltungsausschusses enthaltene Satz, daß „die allein zuständige vorgesetzte Behörde des Arbeitsnachweises das Landesamt für Arbeitsvermittlung sei", besagen sollte, daß die Stadtverordneten in diesen behandelten Fragen nicht mitzubestimmen hätten, so müßte das zurückgewiesen werden, da die Gemeinden nicht nur einen Teil der Kosten zum Arbeitsnachweis beitragen, sondern auch ein Aufsichtsrecht besitzen. Rösch."

Bezeichnenderweise haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftler im Verwaltungsausschuß die Ausführungen Krumbiegels kritiklos aufgenommen und begrüßt, um gegen die „Linken" der SPD. Pfeile zu schießen. Von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, das Schreiben des Verwaltungsausschusses des Arbeitsnachweises und die Erklärung des Stv. Rösch zur sofortigen Besprechung im Plenum zuzulassen. Die Sozialdemokraten, die noch einige Sitzungen vorher mit den Bürgerlichen gegen die Kommunisten kämpften, haben durch Ablehnung ihres Antrages eine schallende Ohrfeige von seiten des Bürgerblocks erhalten. Nach einer sehr langen Geschäftsordnungsdebatte, die von den Kommunisten, Sozialdemokraten und dem Stadtrat Krumbiegel geführt wird, wirft die Linke dem Stadtrat Krumbiegel unfairen Mißbrauch eines unkorrigierten Stenogramms vor. Der Stv. Mewes (Dtsz.) behauptet, daß Bürgermeister Nitzsche desgleichen handele. — Ein Antrag des Gen. Gäbel, Schreiben und Erklärung dem Verwaltungsausschuß zu überweisen, wird gegen die Deutschnationalen beschlossen.

Nach Verlesung einiger weiterer Eingänge kommen

drei kommunistische Dringlichkeitsanträge

zur Behandlung, betreffs der Anerkennung der Dringlichkeit. Zunächst beantragte Genossin Stv. Böhme

Beihilfen für Schulentlassene

durch folgenden Antrag:

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu beauftragen, **a) den Kindern der Erwerbslosen, Kurzarbeiter und vom Fürsorgeamt Betreuten, die Ostern 1926 die Schule verlassen, eine Beihilfe von 50 Mk., b) den in die Schule eintretenden Kindern der unter a) Aufgeführten eine Beihilfe von 30 Mk. zu gewähren."**

Die Dringlichkeit wird mit Einschluß der Bürgerlichen einstimmig anerkannt. Ein weiterer Dringlichkeitsantrag des Gen. Stv. Jincke zur

Förderung des Wohnungsbaues

lautete, das

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu beauftragen, die vorhandenen Sparkassenbestände in Höhe von 2½ Millionen Mark als innere Anleihe aufzunehmen und diese sofort dem Wohnungsbau zuzuführen."

Der Bürgerblock stimmt die Dringlichkeit nieder, obwohl Gen. Jincke darauf hinweist, daß eine anderweitige Verwendung der Gelder bereits vom Sparkassenausschuß beschlossen ist. — Der dritte Antrag des Gen. Stv. Gäbel verlangt die

Schulturnhallen für den Roten Frontkämpferbund

und lautet, das

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu beauftragen, das Schulamt anzuweisen, dem Roten Frontkämpferbund (Ortsgruppe Dresden) zur Pflege von Leibesübungen und Musik Schulturnhallen nach den für alle Sportorganisationen geltenden Richtlinien zur Verfügung zu stellen."

Bei Stellung der Unterstützungsfrage durch den Vorsteher **tritt nicht** nur die Linke (Kom. u. Sozdem.), sondern auch der Geheimrat Ministerialrat Dr. Schulz (D. Volksp.) für Unterstützung des RFB. ein. Die Dringlichkeit anzuerkennen, wird jedoch vom Bürgerblock geschlossen abgelehnt.

Der Stv. Dölitzsch (SPD.) spricht zur Geschäftsordnung zur Ignorierung des mit 20 Unterschriften versehenen Antrages der Sozialdemokraten, der entsprechend dem Antrage der Kommunisten die sofortige Behandlung des Wohnungsbauprogramms verlangt. Redner spricht sehr ausführlich und teils sehr scharf gegen den Bürgerblock, dem er entgegenhält, daß er durch **die Obstruktion der Kommunisten,** der sich die Sozialdemokraten später anschlossen, **die richtige Quittung erhalten habe,** die die Dresdner Bevölkerung durchaus für richtig erkläre. **Er habe in Versammlungen und anderorts wiederholt gehört, daß die Bevölkerung in der Obstruktion gegen die Mundtotmachung der Arbeitervertreter durch die neue Geschäftsordnung mit den Obstruktionisten durchaus eines Sinnes ist.** Genosse Stv. Schrapel spricht in sehr heftigen Ausführungen gegen die unerhörte

Ankündigung gewalttätiger Maßnahmen des Bürgerblocks

gegen die Arbeitervertreter im Stadtparlament durch die „Dresdener Nachrichten" in einem Leitartikel vom Mittwoch morgen. Der Deutschnationale Vorsteher Müller ist eifrigst bemüht, den Forderungen seiner Parteigenossen nachzukommen und den Genossen Schrapel durch dauernde Ordnungsrufe am Reden zu hindern. Genosse Schrapel spricht eingehend über die außerordentlich dringende Behandlung des Wohnungsbauprogramms. Die Wohnungsfrage schreie gen Himmel, selbst **die Insassen des Obdachlosenasyls laufen Gefahr, von der Stadtverwaltung auf die Straße gesetzt zu werden!** Wir Dresdner Stadtverordneten müssen gegenüber dem Bürgerblock überhaupt erst dafür kämpfen, daß wir uns mit der dringlichen Wohnungsfrage befassen dürfen. Das ist ein unerhörter Skandal! Das Verhalten des Bürgerblocks in der Durchpeitschung der Maulkorbgeschäftsordnung einerseits, in der Sabotierung des Wohnungsbauprogramms anderseits kennzeichnet treffend die ganze Hohlheit des Parlamentarismus und rechtfertigt unsere grundsätzliche Stellung zum Parlamentarismus.

Nachdem der Stv. Rösch noch zur Geschäftsordnung spricht und es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der Rechten kommt, **sprengt der vollständig unfähige deutschnationale Vizevorsteher Müller die Sitzung unter lebhaftem Protest der Linken.** In einer anschließenden geheimen, nichtöffentlichen Sitzung setzen die Bürgerlichen ihre Sabotage der Behandlung des Wohnungsbauprogramms in noch unverschämterer Weise fort, indem sie mit betrügerischen Mitteln zunächst einige geheime Tagesordnungspunkte durchschmuggeln, um dann mit Diktaturwillkür auch für die kommende Montagsitzung die Ausschußsitzung zu verhindern und die Fortsetzung der Beratung der Geschäftsordnung anzukündigen. Es wird in der kommenden Montagsitzung an der Linken des Kollegiums liegen, dem Verhalten des Bürgerblocks eine gebührende Antwort zu geben. **Die Dresdner Arbeiterschaft muß in den Betrieben zu der Vergewaltigung der Arbeitervertreter Stellung nehmen.** lix.

Dresdner Volksbühne E. V.

Opernhaus. Montag, 1. März, André Chénier, Nr. 881 bis 898; Dienstag, 2. März, Eugen Onegin, Nr. 899—940; Mittwoch, 3. März, Sizil. Bauernehre, Der Bajazzo, Nr. 941—1013; Donnerstag, 4. März, Die Verliebten, Lerzes, Nr. 1014—1047; Freitag, 5. März, Boris Godunow, Nr. 1048—1110; Montag, 8. März, Abenteuer des Casanova, Nr. 1111—1183.

Schauspielhaus. Sonntag, 28. Febr., Kyritz-Pyritz, Nr. 3215 bis 3245; Montag, 1. März, Herodes u. Mariamne, Nr. 3246 bis 3276; Dienstag, 2. März, Die Hermannsschlacht, Nr. 3277—3320; Mittwoch, 3. März, Der Geizige, Die eingebildete Kranke, Nr. 3330—3363; Donnerstag, 4. März, Die Hermannsschlacht, Volksvorstellung, Nr. 3364—3833; Freitag, 5. März, Was ihr wollt, Nr. 3834—3886; Sonnabend, 6. März, Der mutige Seefahrer, Nr. 3887—3920; Sonntag, 7. März, Der Geizige, Die eingebildete Kranke, Nr. 3921—3973; Montag, 8. März, Der Geizige, Die eingebildete Kranke, Nr. 3974—4016.

Neues Theater. Montag, 1. März, Lady Fanny und die Dienstbotenfrage, Nr. 9251—9500; Dienstag, 2. März, Lady Fanny und die Dienstbotenfrage, Nr. 9501—9750; Donnerstag, 4. März bis Montag, 8. März, Lady Fanny und die Dienstbotenfrage; Donnerstag Nr. 9751—9930 und 2001—2070; Freitag Nr. 2071—2320; Sonnabend Nr. 2321—2570; Sonntag Nr. 2571 bis 2820; Montag Nr. 2821—3070.

Albert-Theater. Sonntag, 28. Febr., Die Durchgängerin, Nr. 7401—7450; Montag, 1. März, Die Durchgängerin, Nr. 7451 bis 7500; Dienstag, 2. März, Antonius u. Kleopatra, Nr. 7501—7560; Mittwoch, 3. März, Die Durchgängerin, Nr. 7561—7620; Donnerstag, 4. März, Antonius u. Kleopatra, Nr. 7621—7680; Freitag, 5. März, Der fröhliche Weinberg, Nr. 7681—7740; Sonntag, 7. März, Antonius u. Kleopatra, Nr. 7741—7800; Montag, den 8. März, Die Durchgängerin, Nr. 7801—7860.

Das nächste Sinfonie-Konzert findet **Mittwoch, den 3. März, 7,30 Uhr, im Gewerbehaus statt.** Leitung: Hermann Kutzschbach als Gast. Solistin: Ida Schubert-Koch, Dresden. — Zur Aufführung gelangt: Brahms: Haydn-Variationen, ferner Gesänge von Schubert und Brahms und am Schluß des Abends steht die 5. Sinfonie G-Moll von Beethoven.

Aufgerufene Mitglieder Nr. 2451—3300 und Anrecht B.

Volkshochschule. Der Vortrag von Dr. P. H. Troeltsch (Geschichte der europäischen Wirtschaft) fällt am Montag, den 1. März aus. Nächster Abend: 8. März. — Für die Teilnehmer des Lehrganges von Dr. Alfred Teucher „Die Größe des Weltalls" finden bei klarem Himmel noch 2 Beobachtungsabende auf der Warte am 3. und 17. März statt. Beginn: 7,30 Uhr.

Aus Ostsachsen

Freital. (Die Freidenker für die JAH.) Am 13. Februar fand die Generalversammlung der proletarischen Freidenker, Ortsgruppe Freital, im Restaurant „Stadt Dresden" statt. Der Besuch war stark. Zu Punkt 1 der Tagesordnung berichtete der Vorsitzende Gen. Bär über die in Leipzig stattgefundene Generalversammlung. Er erläuterte vor allem die ganze Krisenerscheinung der Freidenker und brachte zum Ausdruck, daß die Krise nur ein Machwerk einzelner Personen ist. Durch den Genossen Bürgermeister Schönert, Oberpolitzer, wurde noch zum Ausdruck gebracht, daß er sich freue, daß nun die Krise im Freidenkerverband endlich behoben sei und er wünsche, daß nun endlich Ruhe in der Angelegenheit sei und wir im Sinne der Freidenkerbewegung wieder arbeiten wollen. Genosse Bender kritisiert noch, daß man den Gen. Wolf so kalt abgetan hat, der, solange er in der Freidenkerbewegung tätig war, sehr viel und Gutes für die Freidenker getan hat; er hoffe, daß sein Nachfolger ebenso weiterstreben wird. Zu Punkt 2, Geschäfts- und Kassenbericht, kritisiert Gen. Bär das Verhalten der Vereine und Organisationen betreffs der Sonnenwendfeier. Er spricht allen das Recht ab, Sonnenwendfeiern zu veranstalten, die nicht den Kirchenaustritt auf ihre Fahne geschrieben haben, und fordert alle Anwesenden auf, in den Vereinen und Organisationen, wo sie Mitglied sind, in diesem Sinne zu arbeiten. Zum Kassenbericht sei bemerkt, daß am Schluß des Jahres ein Kassenbestand von 650 Mk. vorhanden ist. Entlastung erfolgt einstimmig. — Zu Punkt 3, Neuwahlen, wurde die gesamte Verwaltung mit einigen Ergänzungen einstimmig wiedergewählt. — Unter dem Punkt „Verschiedenes" liegen 2 Anträge der SPD. vor, die besagen: Austritt der Freidenker aus der JAH. Als Begründung des ersten Antrages meldet sich Bürgermeister Schönert zum Wort. Er betont, nachdem die Krise in der Freidenkerbewegung behoben sei, müßten auch die Freidenker aus der JAH. austreten. Gleichzeitig lobte er über alle Maßen den Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß, der doch dasselbe wolle wie die JAH. Im selben Sinne sprach der Gen. Zimmer als Begründer des zweiten Antrages. Er stellte fest, daß die JAH. Außerordentliches geleistet habe und er erkenne das auch an, aber, um Ruhe zu haben in der Freidenkerbewegung, wünsche er den Austritt aus der JAH. In diesem Sinne sprachen noch mehr Genossen der SPD. Nach diesen ergriff Genosse Körner das Wort als Vorsitzender der Internationalen Arbeiterhilfe und zerpflückte die kläglichen Argumente der SPD.-Genossen. Dabei brachte er ihnen auch bei, daß es ihnen ja von der Partei verboten sei, in der JAH. mitzuarbeiten, trotzdem vorher gute und viele Genossen der SPD. eine bringende und ersprießliche Arbeit in der JAH. geleistet haben, die aber auf Grund des Parteibeschlusses von Görlitz nun gegen die JAH. arbeiten müßten. Er führte ferner noch an, daß das nach führende Genossen der Amsterdamer Internationale, wie Edo Fimmen, für die JAH. tätig seien und die SPD. mit ihrer Behauptung, „die JAH. sei ein kommunistisches Machwerk", kläglich Schiffbruch erlitten hätte. Es sprachen noch mehrere dafür und dagegen, und man kam zur Abstimmung. Dieselbe ergab, daß die größte Mehrheit (ungefähr 60 Stimmen außer den Stimmenthaltungen) gegen 23 Stimmen beschlossen, korporativ Mitglied der JAH. zu bleiben. Charakteristisch war noch bei der Abstimmung der Ausruf des SPD.-Strategen und Arbeiterwohlfahrtsausschußmitgliedes Neumann-Döblen: „Wir kommen wieder!" Also wir werden keine Ruhe haben im Freidenkerverband, solange wir nicht aus der JAH. heraus sind. Damit lüftete sich die SPD.-Genossen die Maske selbst vom Gesicht und dokumentiert, daß nur sie die Störenfriede im Freidenkerverband sind. Wir werden ihnen aber zeigen, daß wir fest in der JAH. stehen. — Damit hatte sich die Tagesordnung erledigt und die imposante Versammlung wurde 11,30 Uhr geschlossen.

Seifhennersdorf. Eine zahlreiche Zuhörerschaft hatte sich zu der letzten ordentlichen G.-V.-Sitzung eingefunden. Zu Punkt 1, Eingänge, verlas der Bürgermeister einige Eingaben und erörterte verschiedene Fragen, u. a. auch einen Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion betreffs Volksbegehren und Volksentscheid. Dieser Antrag besagte, das GVR. soll **sich rückhaltslos hinter diese Volksbewegung für entschädigungslose Fürstenenteignung stellen.** Es soll weiter die Regierung auffordern, sich restlos daran zu beteiligen. Weiter enthält der Antrag, **daß die Eintragungslisten in den bekannten Wahllokalen auszulegen sind.** Ueber die Zulassung dieses Antrages entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Genossen Simm und Obst begründeten denselben, und der SPD.-Mann Jungnickel befürwortete ihn. Die Bürgerlichen sahen darin eine politische Auseinandersetzung und verlangten, daß dieser Antrag nicht auf **die Tagesordnung gesetzt würde.** Die Abstimmung hierüber ergab folgendes Resultat: Kommunisten und Sozialdemokraten dafür, 9 Stimmen; Bürgerliche und Nationalsozialistische Arbeiterpartei (ehemal. Deutschsoziale) dagegen, 10 Stimmen, und 2 Stimmenthaltungen. Die wahren Fürstknechte sind also bekannt. — Punkt 2: Erwerbslosenanträge. Die Erwerbslosen fordern durch Antrag eine Wärmestube und für jeden einen Zentner Kohlen; weiter protestieren sie gegen die Bedürftigkeitsprüfung. Der Bürgermeister gab bekannt, daß die Firma Wolfsdorf wieder die Frühstücksstube als Wärmestube hergegeben hat. Des weiteren gibt er noch einmal seinen Vorschlag, den er im Finanzausschuß schon befürwortet hat, zum Besten. Dieser besagt: Prüfung der Bedürftigkeit, eventuell unter Heranziehung des Erwerbslosenrates; die schlechte Finanzlage der Gemeinde zwinge dazu. Sofortige Inangriffnahme von umfangreichen Notstandsarbeiten und Beschenkung von Kindern der Erwerbslosen, welche Ostern aus der Schule kommen, durch den Wohlfahrtsausschuß. Gen. Simm tritt dem Bürgermeister energisch entgegen und stellt folgenden Antrag: Ankauf von 2 Waggon Kohlen und Verteilung durch den Erwerbslosenrat an diejenigen, welche keine mehr haben. Er erörtert weiter die Erwerbslosenfrage im jetzigen kapitalistischen Staat und verlangt vom Kollegium Zustimmung. Seine Ausführungen werden vom Bürgermeister und der bürgerlichen Seite scharf bekämpft. Die Sozialdemokraten sagen gar nichts. Bei der Abstimmung wird der Vorschlag des Bürgermeisters angenommen. Ueber den Antrag des Gen. Simm wird überhaupt nicht abgestimmt. Weiter gab der Bürgermeister bekannt, daß das Elend in unserem Ort groß, aber immer noch nicht auf dem Höhepunkt angelangt ist. 2000 Kurzarbeiter, 350 Erwerbslose und 300 Sozial- und Kleinrentner sind vorhanden. Die anwesenden Erwerbslosen konnten an dem Verhalten in dieser Sitzung sehen, wer ihre wahren Vertreter sind. — Punkt 3: Es wurde der Steuerausschuß neu gewählt; von links: Zigarrenfabrikant Armer, Zigarrenhändler Hastmann, als Stellvertreter G.-V. Gen. Obst und G.-V. Kremz; von rechts: Gutsbes. Stolle und G.-V. Wilhelm, als Stellvertreter G.-V. Olbrich und G.-V. Lehmann. — Punkt 4: Pflasterung der Güterbahnhofstraße und bessere Bahnverbindungen. Den Wünschen des Bürgervereins wurde von seiten der Bahnverwaltung Rechnung getragen. Auf eine Anfrage des Gen. Oost, wer im Postgebäude das Bad eingebaut und bezahlt hat, wurde vom Bürgermeister geantwortet, daß dies die Oberpostdirektion gewesen sei. Die Aufklärung über den Fall Hofmann wird in nichtöffentlicher Sitzung gegeben. Es folgt die übliche Dunkelkammer.

Rundfunk

Sonntag, den 28. Februar 1926.

8,30—9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche (Prof. Ernst Müller). 9 Uhr: Morgenfeier. 10—11 Uhr: Weimar: Musikalische Stunde. Werke von Hans Pfitzner. 11—12 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 12—1 Uhr: Uebertragung der von der Kriegergräber-Fürsorge veranstalteten Gedenkfeier im Reichstag zu Berlin. 4—6 Uhr: Chemnitz: Konzert. 6,30—7 Uhr: Vortrag: Kurt Zimmermann, Vorstand der Reichshauptstelle für Kultur- und Wirtschaftspropaganda, E. V., Berlin: „Wichtigkeit deutscher Kultur- und Wirtschaftspropaganda im In- und Auslande". 7—8 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 8,15 Uhr: Dresden: Kammermusikabend. Anschließend (etwa 10 Uhr): Sportfunkdienst.

SLUB
Wir führen Wissen.

Im Zickzackkurs zum Volksentscheid

SPD.-Führer und „Dresdner Volkszeitung" zur Fürstenabfindung

Die gewaltige Volksbewegung, die von der KPD. mit der Einleitung des Volksentscheids auf entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten ausgelöst wurde, hat alle reaktionären Kräfte auf den Plan gerufen. Der Kampf ist auf der ganzen Linie im vollen Gange. Zur Kampfansage der Fürstenknechte gegen den Volksentscheid gesellt sich die schleichende Sabotage, der nur wirksam zu begegnen ist, wenn alle Kräfte der Werktätigen für Volksbegehren und Volksentscheid zusammengefaßt werden. Trotz allem Scheindel, mit dem die bürgerliche Presse ihre Spalten füllen wird, trotz der zu erwartenden behördlichen Sabotage und dem Terror der Unternehmer und Ausbeuter aller Schattierungen muß der letzte Mann, der letzte Proletarier, jeder Werktätige für die Einzeichnung in die Liste gewonnen werden. Große organisatorische und gewaltige politische Aufklärungsarbeit ist noch zu vollbringen. Deshalb sind die Einheitskomitees, zusammengesetzt aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, in jedem Betrieb und an jedem Ort das wichtigste Gebot der Stunde, wenn ganze Arbeit vollbracht werden soll.

Diese Forderung, die jedem ehrlichen und denkenden Arbeiter verständlich ist, wird von den rechten sozialdemokratischen Führern auf das schärfste bekämpft. Sie wollen keine Gemeinschaft zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern zustande kommen lassen. Sie fürchten die Verständigung der Arbeiter im gemeinsamen Kampfe um ihre Lebensinteressen. Sie wollen keine Einheitsfront. Gezwungen vom entschlossenen Willen sozialdemokratischer Arbeiter und der politischen Initiative der KPD. haben sich der Parteivorstand der SPD. und der ADGB. für die Durchführung des Volksentscheids verpflichtet — ein Entschluß, der **nicht ihrer politischen Entscheidung, sondern aus taktischen Erwägungen unter dem Massendruck ihrer Mitglieder zwangsläufig erfolgte. Sie schwanken in klarer Erkenntnis der politischen Konsequenz zwischen dem Massendruck der Arbeiter und ihrer Sabotage.** Die Werktätigen und besonders die SPD.-Arbeiter, dürfen sich nicht täuschen lassen! Sie müssen klar die Linie der SPD.-Führer erkennen. Wie die rechten Führer, so taumelt auch die SPD.-Presse bald auf der Seite der rechten Saboteure, bald dem Druck der Arbeiter nachgebend hin und her, bald rechts — bald links, bald mit radikalen Phrasen, um darauf wieder in wütender Kommunistenhetze die Absichten der rechten Führer zu verschleiern. Dafür einige Beispiele:

Obstruktionsmanöver der Kommunisten!

Gegen die **entschädigungslose Enteignung der Fürsten.**

Hermann Fleißner in der „Volkszeitung" vom 3. 12. 1925.

„Die Kommunisten haben ebenfalls einen Antrag fabriziert. Er fordert, daß das gesamte Vermögen der ehemals regierenden Fürsten, sowie aller ihrer Familienangehörigen mit allen seinen beweglichen und sonstigen Bestandteilen **ohne** Entschädigung enteignet wird... Sie verfolgen damit **lediglich demonstrative und agitatorische Absichten,** mit denen die Sache keinen Schritt vorwärts gebracht werden kann. **Die Konsequenz eines solchen Vorgehens wäre übrigens, daß man alle Vermögensbesitzer enteignen müßte."** (Für Hermann Fleißner einfach nicht auszudenken — furchtbar!)

Die Fürsten sollen Renten bekommen!

Noch am 15. 1. veröffentlicht die „Dresdner Volkszeitung" einen Artikel: **„Volksentscheid über die Fürsten"**, in dem Paul Löbe, der sich noch am Donnerstag in Dresden für die Mitarbeit am bürgerlichen Kompromißantrag aussprach, folgendes schreibt: „Für die entschädigungslose Enteignung .... würden nach der bisherigen Erklärung nur die beiden zuerst genannten Parteien mit zehn Millionen Stimmen zu haben sein (Sozialdemokraten und Kommunisten, d. Red.), und es klafft die große Lücke, die ausgefüllt werden muß, soll nicht Enttäuschung wie bei der letzten Reichspräsidentenwahl eintreten. Es wird also in dem der Volksabstimmung zu unterbreitenden Gesetz **eine Konzession für die weiteren zur Mehrheit nötigen zehn Millionen gemacht werden müssen, indem man entweder den lebenden Fürsten, die ein Auslandsvermögen nicht besitzen, eine Rente auf Lebenszeiten gewährt, deren Höhe von den Landesparlamenten festzusetzen ist,** oder man nimmt als Richtlinie für den Grad der Entschädigung jene Aufwertung, die den Besitzern der Kriegsanleihe zuteil wurde."

Volksentscheid ist Blödsinn — ist Kohl

Wenige Tage vorher erklärte Körpel im Auftrag des Bundesvorstandes des ADGB.:

„Was die Fürsten an Privatvermögen besessen haben, steht ihnen rechtmäßig zu... Was diese Hauswürste wie Kutzinski und Lehmann-Rußbüld verlangen, ist hoher Blödsinn. Man kann doch den Fürsten nicht das Schwarze unter den Nägeln wegnehmen... Entschädigungslose Enteignung der Fürsten ist Kohl."

Für den bürgerlichen Kompromißantrag

„Dresdner Volkszeitung" vom 5. Februar:

„Wie soll sich nun die Fraktion entscheiden? Eine Ablehnung des bürgerlichen Kompromißantrages **ohne Sicherheit über den Ausgang des Volksentscheids** würde einen Zustand der Unsicherheit schaffen.... Die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu der bürgerlichen Kompromißlösung, die selbstverständlich noch sehr verbessert werden muß, würde also **praktisch in der bisher von uns verfolgten** Linie liegen — die maßlosen fürstlichen Forderungen abzulehnen, **oder aber sie auf gesetzlichem Wege möglichst weitgehend einzuschränken."**

Kein Kampf ohne den ganzen Sieg!

„Dresdner Volkszeitung" für restlose Enteignung am 19. Januar 1926 (Frage an die KPD.).

„Die große Sozialdemokratische Partei kann aber in einen solchen Kampf nicht hineingehen, ohne den ganzen Sieg zu wollen und ihn mit allen Kräften anzustreben... Sind erst die ersten Schwierigkeiten überwunden.... **dann wird das Feld frei für einen Kampf, wie ihn Deutschland noch nicht erlebt hat, und alle Kräfte müssen angespannt werden, um siegreich zu beenden."**

Der Volksentscheid beginnt

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Volkszeitung" am 20. Januar **einen Aufruf des Bezirksvorstandes Ostsachsen,** in dem es heißt:

„Durch Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ergeht der Appell an das gesamte deutsche Volk, um dem Raubzug der deutschen Fürsten auf das Vermögen des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten. In den Reihen der Parteigenossen hat dieser Beschluß große Begeisterung und freudige Kampfstimmung ausgelöst... Von jedem Parteigenossen wird daher erwartet, daß er restlos seiner Pflicht nachkommt, **damit der Moloch Monarchie nicht noch die Notpfennige der ... schwer leidenden arbeitenden Bevölkerung verschlingt."**

Für die Enteignung

Scheidemann interpretiert Heinrich Heine.

Am 3. Februar kündigt die „Volkszeitung" Scheidemanns Broschüre zur Fürstenabfindung an, für die er bei Heinrich Heine folgendes Motto entlehnt:

„Und wisset, wenn es den Kaiser juckt,
So müssen die Völker sich kratzen.
O Deutsche, ich fürchte, die fürstlichen Floh'
Sie kosten euch manchen Batzen."

Rrrrradikal am 13. Februar

Am 13. Februar bläst die Redaktion der „Dresdner Volkszeitung" wieder einmal radikale Töne, in denen sie von den Kommunisten nicht übertroffen werden kann, und schreibt:

„Die Sozialdemokratie hat die radikalste Forderung gestellt: Entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Sie muß durchgeführt werden können, wenn unsere Genossen in den Betrieben alles daransetzen, **die Notwendigkeit dieser Forderung in die Gehirne hineinzuhämmern. Die Frechheit der Fürsten ist nur mit einem Millionenheer von Agitatoren zum Teufel zu jagen."**

Zur gleichen Zeit, als die „Volkszeitung" in radikalen Tönen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten lärmte, wurde die Tatsache bekannt, daß Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit den bürgerlichen Parteien über den Kompromißantrag der Fürstenknechte verhandelt hatten. Landsberg erklärte im Rechtsausschuß des Reichstages: „Es gäbe eine Möglichkeit, wie der Volksentscheid hinfällig gemacht werden könne. Die Möglichkeit bestünde in der Rückkehr zu dem ursprünglichen demokratischen Antrag Koch, Weser und Genossen, der die Regelung der Fürstenabfindung den einzelnen Ländern überlasse. Er könne für sich persönlich erklären, daß er die Notwendigkeit des Volksentscheids nicht mehr einsehen würde..."

Obwohl der „Vorwärts", das Zentralorgan der SPD., am nächsten Tage diese Aeußerung Landsbergs zugestehen mußte, eröffnet die gesamte sozialdemokratische Presse, darunter natürlich auch die „Volkszeitung", eine wütende Hetze gegen die KPD. Den rechten Sozialdemokraten war die Alarmierung der Arbeiter durch die Kommunisten auf die Nerven gefallen. Sie sahen ihre Absichten enthüllt. Bezeichnenderweise eilten nun auch die Linken, wie Hermann Fleißner, den rechten Saboteuren zu Hilfe. Die Hetze gegen die KPD. und die im Werden begriffenen Einheitskomitees setzte mit voller Kraft ein. Der Parteivorstand veröffentlichte einen Artikel, der auch von der „Dresdner Volkszeitung" zum Abdruck gebracht wurde, in dem es heißt:

„... **Wir bringen unsere Warnung jetzt allen Mitgliedern zur Kenntnis und fordern sie auf, überall dem organisationszerstörenden Treiben der Kommunisten entgegenzutreten. Jede gemeinsame Aktion ist abzulehnen. Aufrufe, Inserate, Versammlungen, Demonstrationen sind von der Partei allein zu veranstalten.... Der Doppelzüngigkeit und Hinterhältigkeit der Kommunisten haben unsere Parteigenossen strengste Disziplin entgegenzusetzen."**

Auf welcher Seite die Doppelzüngigkeit und Hinterhältigkeit zu finden ist, das zu erkennen dürfte für keinen Arbeiter schwer sein. Das Verhalten der rechten SPD.-Führer und die jämmerliche Haltung der „Dresdner Volkszeitung" bei der Frage der Fürstenenteignung muß jeden Arbeiter zu der Erkenntnis bringen, daß weder die sozialdemokratischen Führer, noch die „Volkszeitung" ernsthaft für die Interessen der Arbeiter und der breiten Schichten der Werktätigen eintreten. **Ehrlichen und entschlossenen Kampf für die restlose Enteignung der Fürsten, ohne irgendwelche Schwankungen, hat nur die KPD. geführt.** Die Arbeiter müssen daraus ihre Konsequenzen ziehen.

Massenelend — Massenkämpfe

Von der „Internationalen Arbeiterhilfe" wird uns geschrieben:

Die zweite Luther-Regierung hat gleich bei ihrer Vorstellung ihre Arbeiterfeindlichkeit offenbart. Dieselbe Regierung, die sich in einer öffentlichen Erklärung zum Volksbegehren für die Befriedigung der fürstlichen Milliardenansprüche einlehnte, erklärte im Haushaltsausschuß des Reichstages, daß den hungernden Erwerbslosen die elende Unterstützung um keinen Pfennig mehr erhöht werden dürfe. Ja sogar die lumpige 10prozentige Erhöhung für die besonders schlecht unterstützten ledigen Erwerbslosen, die der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschlossen hat, will die Luther-Regierung verhindern.

Durch das Finanzprogramm des Luther-Kabinetts wird offen erklärt, daß die Sanierung der deutschen Wirtschaft nur auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern erfolgen soll. Zunächst sollen den Großkapitalisten und Großagrariern **300 Millionen Mark durch Erlaß von Besitzsteuern geschenkt werden.** Andererseits erklärte der Reichsarbeitsminister Braun, daß es keinem Ressort unmöglich sei, die Leistungen auf irgendeinem Gebiet zu erhöhen, das heißt, **neben der Verweigerung jeder Erhöhung der Erwerbslosenbezüge keinen Pfennig Lohnerhöhung für alle Hand- und Kopfarbeiter.** Man wird sicherlich hier der Forderung des Reichsverbandes der Industrie nachgehen und statt Lohnerhöhung durch Schlichtungsausschüsse Lohnabbau diktieren lassen. Die Werktätigen in Stadt und Land sollen also durch Fürstenentschädigung, Zölle und Steuern und niedrige Löhne weiterhin ausgeplündert werden, damit die Großkapitalisten und Groß-Agrarier trotz der Wirtschaftskrise nichts von ihrem Profit einbüßen.

Für alle Arbeitenden und Notleidenden bedeutet das Programm der Luther-Regierung eine provokatorische Kampfansage. Alle Schaffenden in Stadt und Land müssen sich gegen diesen Angriff der Großkapitalisten und ihrer Regierung verbünden, damit die dringenden Forderungen der Erwerbslosen und Arbeiter, der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern doch durchgesetzt werden.

In der größten Not befinden sich gegenwärtig zweifellos die Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Es ist deshalb notwendig, daß unsere Organisationen sich neben den andern Aufgaben auch den Forderungen dieser Bevölkerungsschichten mehr annehmen als bisher. Unter folgenden 5 Punkten kann nach unserer Auffassung eine erfolgreiche Arbeit durchgeführt werden.

1. In allen Orten, wo noch keine Erwerbslosen-Ausschüsse bestehen, müssen unsere Mitglieder die Initiative ergreifen, um durch Druck auf die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen zu erreichen, daß solche sofort gebildet werden.
2. Wir müssen durch unsere Organisation eine einheitliche Bewegung der Erwerbslosen zu schaffen versuchen mit den im Betrieb stehenden Arbeitern unter den Hauptparolen: **Schaffung von Arbeit für die Erwerbslosen zu tariflichen Löhnen, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung usw.**
3. Um dies zu erreichen, ist gleichzeitig notwendig, daß gemeinsam mit den Parteiorganisationen, den Betriebsvertretern usw. auf die Stadt-, Gemeinde- und Bezirksverbände usw. eingewirkt wird, daß von dort Hilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter durchgeführt werden.
4. Alle auf diesem Gebiet sich notwendig machenden Kampfesmaßnahmen müssen durch unsere Organisation unterstützt werden.
5. Darüber hinaus müssen unsere Mitglieder sofort unter den Erwerbslosen feststellen, wieviel Gemaßregelte vorhanden sind und wo infolgedessen krasse Not herrscht. Hier gilt es sofort einzugreifen durch Unterbringung der Kinder im Ort, durch Lebensmittelverteilung usw. Es können auch Unterstützungen für solche Familien durchgeführt werden in Form von Patenschaften, das heißt, daß mehrere Arbeiter sorgen für die Familie des Gemaßregelten oder dessen Kinder.

Also, Genossen, geht sofort ans Werk und betrachtet es als eure Pflicht, zu beweisen, daß wir die Proviantkolonne des kämpfenden Proletariats sind.

Es muß erreicht werden, daß die Lasten auf die Schultern derer abgewälzt werden, die Schuld am Massenelend sind. Warum sollen denn nicht auch die Besitzenden herangezogen werden, um die Not der Schaffenden zu lindern? Warum denn immer umgekehrt? Wenn die proletarischen Kräfte nach dem Beispiel der englischen Gewerkschaften zusammengefaßt werden, warum sollte es denn nicht möglich sein, in wuchtigem Kampf der Massen die Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung und andere soziale Maßnahmen durchzusetzen.

Die heutige Gesellschaft legt Pflästerchen auf die ärgsten Geschwüre, um sie zu verdecken. Bessere Zustände muß sich das Proletariat durch seine Partei und seine Gewerkschaften erkämpfen. Aber es bedarf auch einer überparteilichen Organisation, gegründet auf dem Gedanken der Solidarität. Alle sollen zusammenstehen in solidarischer Hilfsbereitschaft. Zu solcher solidarischen Verbundenheit bietet die Internationale Arbeiterhilfe Gelegenheit, als überparteiliche Selbsthilfeorganisation greift sie helfend ein bei Massennotzuständen. Solches Werk zu unterstützen ist jeden Proletariers Pflicht!

Uebt Solidarität!

Hinein in die Internationale Arbeiterhilfe!

Ein Exempel für die Zusammenarbeit

Pferdebeschlagen auf Kosten des Geschirrführers

Eine fast unglaubliche Maßnahme hat sich der Rittergutspächter Graul in Dobergast (Kreis Weißenfels) geleistet, indem er einem Geschirrführer für Pferdebeschlagen eine Rechnung von 11,75 Mark (elf Mark und 75 Pfennige) am Zahltage in die Lohntüte steckte. Daß der Arbeiter über die Menschenfreundlichkeit des Arbeitgebers sehr erstaunt gewesen ist, können sich unsere Leser wohl denken. Doch damit allein war es nicht abgetan. Der Wochenlohn betrug abzüglich Krankenkassen- und Invalidenbeitrag 10,60 Mark und reichte somit nicht aus, die Rechnung zu begleichen. Der überschlaue Herr fand einen Ausweg und rechnet auf den Rest des Betrages einen Teil des Urlaubs an. Betrügen aber wollte er seinen Arbeiter nicht, und so lagen der Lohntüte ordnungsgemäß noch 4 Pfennige für nicht genommenen Urlaub bei.

Eure Pflicht: 3000 neue Abonnenten!

Arbeitersport

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 4. Kreis, 2. Bezirk Dresden. Turnspiele (Rasseball). Serienspiele am 28. Februar. Spiel 234 2 Uhr Neustadt 2—Leuben 1 (Friedrichstadt). Spiel 391 9,30 Uhr Altstadt 1—Vieschen 2 (Reick). Spiel 392 10,30 Uhr DSV. 1—Hermsdorf 1 (Dresden 85). Spiel 258 9 Uhr Kaditz 2—Radebeul 1 (Friedrichstadt). Spiel 208 9 Uhr Kötzschenbroda 1—Striesen 2 (Dresden 85). Spiel 393 9,30 Uhr Hermsdorf 2—Ottendorf 2 (Wachau). Spiel 395 10,30 Uhr Plauen 2. Jugend—Hermsdorf 1. Jugend (Possendorf). — **Spielerinnen Frühjahrsrunde.** Spiel 1 Neustadt 1—Dresden 1885 1 fällt aus. Spiel 2 9,30 Uhr DSV. 10 1—Vieschen 1. — **Handballerten-spiele.** Spiel 8 9 Uhr Zschachwitz 1—Großröhrsdorf 1. Spiel 9 3 Uhr Kamenz 1. Jugend—Großröhrsdorf 1. Jugend. Spiel 10 3 Uhr Altstadt 1—Radeberg 1.

Börsenspiele am 27. Februar. Rasseball. 5 Uhr Ratsdorf 1—Welschhufe 1. 4 Uhr Striesen 1. Schüler—Friedrichstadt 1. Schüler.

Börsenspiele am 28. Februar. Rasseball. Mitglieder. 10 Uhr Gittersee 1—Cunnersdorf 1. 10,30 Uhr Vieschen 1—Kaditz 1. 2 Uhr Possendorf 1—Niederpesterwitz 1. 10 Uhr Potschappel 1—Weißig 1. 2 Uhr Jaucherode 1—Rippien 1. 3 Uhr Königsbrück 1—Friedrichstadt 1. 9,30 Uhr Deuben 1—Obertermsdorf 1. 3 Uhr Klotzsche 1—Wilschdorf 1. 10 Uhr Pesterwitz 1—Niederpesterwitz 1. 9 Uhr Löbtau 1—Striesen 1. 10 Uhr Coßmannsdorf 1—Rabenau 1. 1,30 Uhr Plauen 1—Heidenau 15. 3 Uhr Niederhäslich 1—Tharandt 1. 3 Uhr Pesterwitz 1—Bolkersdorf 1. 2 Uhr Ottendorf 1—Heidenau 1. 3 Uhr Kleincarsdorf 1—Seifersdorf 1. ? Uhr Kleinnaundorf 1—Niederhäslich 2. 8,30 Uhr Altstadt 1—Schwimmer-Ost 1. 8 Uhr Löbtau 2—Dresden 85 1. 9 Uhr Plauen 2—Pesterwitz 2. 3 Uhr Tharandt 2—Weißig 2. — **Jugend.** 3 Uhr: Großenhain 1—Pesterwitz 1. ? Uhr: Plauen 1—Jaucherode 1. 9 Uhr: Kaditz 1—Vieschen 1. ? Uhr: DSV. 1—Gittersee 1. 10 Uhr: Zschachwitz 1—Rabenau 1. 10,30 Uhr: Deuben 1—Heidenau 1. 10 Uhr: Striesen 1—Fortschritt 1. 9 Uhr: Kleinnaundorf 1—Niederhäslich 2. 4 Uhr: Altstadt 1—Heidenau 2. 10 Uhr: Kaditz 2—Löbtau 2. 10 Uhr: Döhlen 2—Weißig 2. 11 Uhr: Gittersee 2—Dresden-Süd 2. — **Spielerinnen.** 3 Uhr: Kaditz 1—Löbtau 1. ? Uhr: DSV. 2—Zschachwitz 1. — **Alte Herren.** 2 Uhr: Häslich 1—Coßmannsdorf 1. — **Schüler.** 10 Uhr: Striesen 1—DSV. 1. 9 Uhr: Gittersee 1—Cunnersdorf 1. — **Trommelball.** 10,30 Uhr: Altstadt 1—Potschappel 1.

Naturfreunde. 1. Bezirk Wanderungen am 28. Februar. Dresden. Tageswanderung Geising, Zinnwald, Dönschten. Abfahrt 5,40 Uhr Hauptbahnhof nach Geising. (SA. Geising—Kipsdorf.) — Nachmittagswanderung Drachenschlucht, Osterleine, Bodorfer Windmühle. Abmarsch 2 Uhr Hubertusstraße Linie 6. — Jugendabteilung. Nachmittagswanderung Pillnitzer Höhen. Treffen 1,30 Uhr Körnerplatz Loschwitz. — Alt- und Friedrichstadt. Nachmittagswanderung Osterleine, Hellerberge. Stellen 1,30 Straßenbahnhof Mickten. — Naturkundesektion. Tageswanderung mit V. Eine Wanderung zur Kenntnis des Winterwaldes. Sonnabend Abfahrt 4,17 und 4,46 Uhr Hauptbahnhof nach Buschmühle. — Plauenscher Grund. Tageswanderung mit V. Bei Vollmond nach dem Wanderheim im Gimmlitztal. Abfahrt 27. Febr. 5,18 Uhr nach Kipsdorf. (SA. Kipsdorf—Frauenstein.) — Heinsberg-Coßmannsdorf. Nachmittagswanderung Quohrener Kipse Willich. Treffen 1 Uhr Rundteil. — Heidenau. Durch die Dresdner Heide. Treffen 2 Uhr Waldschänke. — Bannewitz. Nach dem Lerchenberg. Abmarsch 1 Uhr. — Rabenau-Delta. Nachmittagswanderung Possenwald. Stellen 1 Uhr Wasserwerk. — Schmiedeberg. Tageswanderung mit V. Gimmlitztal. Abmarsch 27. Februar 3 Uhr Markt. — Ottendorf-Okrilla. Arbeitsgemeinschaftstreffen in Dönschten. — Radeberg. Nach der Jugendburg Hohnstein. Abfahrt 6 Uhr nach Arnsdorf.

Touristenverein „Die Naturfreunde", 3. Bezirk, Ortsgruppe Zschachwitz. Sonntag den 28. Februar Tageswanderung mit Vorabend. Hohnstein-Gautschgrotte. Abfahrt am 27. Februar, 4,35 Uhr nachmittags (Rathen) F. Heller. — Mittwoch 3. März geselliger Abend.

Freie Turnerschaft Weixdorf. Sonnabend den 27. Februar im „Heiteren Blick" Versammlung der Turnerinnen.

Amtliche Mitteilungen

der Sächsischen Spielvereinigung, 4. Kreis, 2. Bezirk

Sächsische Spielvereinigung. 2. Hauptspielausschußsitzung vom 21. Februar. Anwesend: Kahl, Voigt, Mehnert, Kurzer, Fabian Mehnert, Werner, Wohlt, Moeler, Wohlfeil, Jange, Schöne, Meißner. Unentschuldigt: Vertreter der 1. Gruppe. In Sachen Wilschdorf: Wilschdorf hat bis 3. März die bereits schon einmal geforderten Unterlagen einzusenden, betr. Auerswald, andernfalls Bestrafung nach § 1 Abs. 9. der Bundesfassungen. VfR. Die Schwarzstellung von K. bleibt bis auf weiteres bestehen. Stephan-Potschappel erhält ab 28. Februar Spielgenehmigung. Wacker-Görlitz-Kamenz erledigt Kahl. Leipzig vertagt. Ot neue Adresse erledigt Voigt. Kötzschenbroda sind die an den Bund vom Auslandsspiel abführenden 10 Prozent erlassen. Die Spieler von 1885 erhalten für die Ausscheidungsspiele Spielgenehmigung.

Neue Adressen. Rähnitz: Herbert Hahmann, Wilschdorf bei Rähnitz, Radeburger Str. 91. 01 Dresden: Rudolf Mühle, Dresden-A., Hertelstr. 5. Loschwitz: Max Weber, Dresden-Bühlau, Loschwitzer Str. 47. Weixdorf: Kurt Wolf, Leuben bei Dresden, Königsbrücker Str. 139.

Schwarze Liste. Anmeldungen. Wegen Vereinswechsel: Heinz Lehmann, Walter Kühle, Erich Winnad, Kurt Pohl, Ernst Wauer Nr. 6638 vom DSV. — **Abmeldungen.** Anno Kirchner, 962 vom Rasenspiele. Walter Wahner, 1891 vom Radwitz. Alwin Grafe, 3764 vom DSV. 15. Rudolf Stephan, 5987 vom Potschappel.

Versammlungskalender

KPD. Erwerbslose, Kurzarbeiter, Aufseher! Montag vormittag 10 Uhr wichtige Sitzung im Restaurant „Stadt Braunschweig".

Jung-Spartakus-Bund Groß-Dresden. Montag den 1. März treffen sich um 7 Uhr pünktlich alle Leiter und Helfer. Wer nicht erscheinen kann, muß unbedingt einen Vertreter schicken. Auch Zschachwitz muß anwesend sein. Thema: „Bildungsarbeit im JSB." Lokal ist „Neue Welt" Am Tor. Elternräte, Lehrer und Interessierte sind eingeladen. Parteibuch gilt als Ausweis.

Erwerbslosenvertreter der Ortskrankenkassenmannschaft Pirna! Montag den 1. März, nachmittags 2 Uhr Versammlung im **Volkshaus Pirna.** Jeder Ort hat mindestens einen Delegierten zu schicken.

Achtung! Erwerbslose, Kurzarbeiter, Aufseher! Montag vormittag 10 Uhr im Volkshaus Pirna Fraktionssitzung.

IAH. Meißen. Alle Ortsgruppenvorsitzenden haben am 28. Februar pünktlich 9 Uhr im Restaurant Wiesenthal, Meißen, Zschellaer Straße zu erscheinen.

Jung-Spartakus-Bund Meißen hat Sonntag am 28. Februar einen Gründungstag festgesetzt. Wir bitten die Parteigenossen, Genossen und Sympathisierenden, ihre Kinder zu dieser Zusammenkunft hinzuschicken. Sie findet im Restaurant Schweizerhaus 2,30 Uhr statt.

Rote Jungfront, Abteilung 2. Am Sonntag den 28. Februar pünktlich früh 9 Uhr findet bei Große unsere Theaterprobe statt. Alle Spieler haben restlos zur Stelle zu sein. Die Statisten müssen unbedingt vollständig erscheinen.

RFB. Freital, Gittersee, Cossmannsdorf. Stellen 6 Uhr am Bahnhof Heinsberg. Radfahrer von Freital Abfahrt 6 Uhr am „Sächsischen Wolf" nach Possendorf. Bannewitz hat einen Posten zu stellen zwecks gemeinsamer Fahrt bis Dippoldiswalde an den Bahnhof.

RFB. Radeberg. Sonntag den 28. Februar Stellen früh 8 Uhr am Lindenhof.

Atentu laboristaj Esperantistoj!

La ideo, la internacian helplingvon Esperanto por la interesoj de la mondproletario eluzi, komencinte vivi ne nur inter la anoj, sed ankaŭ inter la ne-esperantistaj laboristoj, kiuj ĝis nun staris flanke. La necesseco de internacia interkomprenilo instigis la kamaradaron al intensiva, nelaciĝanta laboro, kiuj sukcesis grandan, ĉiulandan adresaron, transkontinentan, viglan korespondadon, ekziston de multaj esperantaj gazetoj kaj literaturo ktp.

La nuna postulo de la tutmonda proletario estas krei „unuecfronto kontraŭ la plia kapitalisme, imperialisme ekspluado". Ĉu ni, kiel esperantistoj povas subteni ŝi postulon? — Certe, ĉar ankaŭ ni estas parto de tiu ĉi proletario. Ĉinokaze, kvankam iu anaro diferenciĝas laŭ diversaj politikaj perceptoj, fakte ekzistas jam ĉe ni unuecfronto pro disvastigo kaj utiligo de Esperanto.

Kiumaniere ni povas helpi la mondproletaron klopodon realigi? Unue, per korespondado ekskeslanda pri ĉi-opinio kaj vivkondiĉoj, due ricevitajn informojn publiki buŝe kaj gazete.

La redakcio de la „Arbeiterstimme" deziras tiam tradukojn kaj estas volonte preta publiki ilin.

Krom tio la „Arbeiterstimme" aranĝos ĉiusemaine nun „Esperanta-Angulo".

Resume pro tio gekamaradoj, por ke ni denove pruvu la taŭgecon de nia lingvo: Al la laboro!

Atra.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Montag, den 1. März 1926, abends 7 Uhr, im Deutschen Haus, Heidenau

Mitglieder-Versammlung

Robert Dißmann, Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes spricht über: „Die Lage der deutschen Wirtschaft und die Aufgabe der Gewerkschaften". Die Vorzeigung des Mitgliedsbuches berechtigt zum Eintritt.

Arbeitslose und Aufseher.

Dienstag, den 2. März 1926, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus (großer Saal) **Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Fürsorgeabfindung und Arbeiterkasse. Referent Genosse Wedel. 2. Erwerbslosenfragen.

Branche der Schmiede.

Dienstag, den 2. März 1926, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Ritzenbergstraße 2, Zimmer 3

Branchenversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschichtsauffassungen der Gegenwart, Referent Kollege Hans Pawlowitsch. 2. Bericht aus der Innungsvorstandssitzung. 3. Sonstige Berufsangelegenheiten.

Donnerstag, den 4. März 1926, abends 7 Uhr, im Rotekeller, Heidenau

Vertrauensmännerversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten. Es ist Pflicht aller Vertrauensleute, Arbeiter- und Betriebsratsmitglieder des Bezirkes Heidenau, an dieser Versammlung teilzunehmen. Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch, Vertrauensmännerkarte oder Betriebsrätеausweis.

Der Film „Henry Ford und seine Riesenbetriebe" wird für unsere Mitglieder Donnerstag, den 4. und Sonnabend, den 6. März, abends 7 Uhr, im Volkswohl-Lichtspielhaus, Ostra-Allee, Trabantengasse, gezeigt. Der Film wird erläutert durch einen Vortrag des Genossen Dr. Busse. Außerdem gelangt der Film „Der Wilderer" zur Vorführung. Der Einheitspreis für jede Vorstellung beträgt 60 Pf. Karten sind während der Geschäftsstunden in unserem Büro zu entnehmen.

Eine rege Beteiligung seitens unserer Mitglieder an diesen hochinteressanten Vorführungen erwartet die Ortsverwaltung.

Auf zum Neumarkt!

Infolge der schlechten Witterung während des Jahrmarktes sind die Belustigungsgeschäfte am Sonnabend und Sonntag nochmals geöffnet

Um regen Zuspruch bitten

Die Schausteller

Capillarin
bestes Haarwuchsmittel
Erfolg erst. u. Damen gesucht.
Alleinverkauf
Drogerie Lemcke,
Pirna, Schmiedestr 35

Günstige Spargelegenheit bei zeitgemäßer Verzinsung bieten wir durch spesenfreie Führung von Sparkonten!
Wir gewähren:
6 Prozent bei täglicher Verfügung und 8 Prozent bei monatlicher Kündigung
Für grössere Einlagen und längere Kündigungsfristen Sondervereinbarungen
Freitaler Kredit-Bank A.-G. und Girozentrale Sachsen - Zweiganstalt Freital
Untere Dresdner Straße 27 und Obere Dresdner Straße 23

Deutsche Reichskrone
Bischofsweg, Ecke Königsbrücker Straße
Jeden Sonntag und Montag
MODERNER BALL
Tanzordner Kapelle Neubert Tanzordner
Kühle und heller bleiben das beste

Lichtspiele Freiberger Platz
Trotz großem Erfolg: Nur bis mit Montag
der erste und sensationellste Großfilm
des Meister-Detektivs
Stuart WEBBS
in
Das Geheimnis auf Schloß Elmshöh
Detektiv-Drama 6 spannende Akte
dazu das lustige Beiprogramm 3 Akte mit Harold Lloyd
Voranzeige! Ab Dienstag
der erste Film internationaler Bombenbesetzung
Venezianische Liebesabenteuer
Beginn 4, 6 und 8¼ Uhr
Sonntag 3 Uhr

Werbt neue Abonnenten

PEUVAG
Zentral-Einkaufs- und Vereinigungs-A.-G.
Dresden-Friedr.
DRESDEN-A.
Leipzigerstraße 2
Herstellung sämtlicher Vereins-Geschäfts-Propaganda-Drucksachen in modernster u. sauberster Ausführung

Achtung! Radeberg!
Zuchholds Restaurant u. Café
empfiehlt seine Lokalitäten sowie Vereinszimmer für Versammlungen und Sitzungen
Gute Biere: Gute Küche
Hochachtungsvoll
Böhlke und Frau

Billige Cigarren
Wilhelm Baege
PIRNA

Welt-Panorama
Bautzen
Lauenstraße am Lauenturm
Vom 28. Februar bis 6. Mai
Wanderung in der malerischen fränkischen Schweiz

Schnelltaxi
Alfred u. Elise Drechsel
Dresden, Telephon 17

Konfirmanden-Anzüge
in Blau, Schwarz und farbig
19, 22, 26 bis 45 Mark
Konfirmanden-Kleider
in Cheviot, Popeline, Cotienne u. Seide von 6 bis 26 Mark
Konfirmanden-Mäntel
in Cheviot, Doubleg. und Tuch von 7 bis 26 Mark
Josef Linz, Pirna

WO?
kaufen Sie billig
Herren- und Damenstoffe
Tuchgeschäft
J. GRÜNBAUM
Bautzen, Moltkestr. 13. Telef.

Achtung! Ebersbach!
Gasthof „Stadt Leipzig"
jeden Sonntag:
Großer Ball
Eintritt 60 Pfg. mit Steuer. Tanz frei

Bautzen! Bautzen!
Lindenhofball
Anfang 6 Uhr Anfang 6 Uhr

Schützenhaus Bautzen
Sonntag ab 6 Uhr nachm.
öffentl. Ballmusik
Karl Dölitz

Revolutionäre Gewalt

St. Just vor dem Nationalkonvent.

Es scheint in dieser Versammlung einige empfindliche Ohren zu geben, die das Wort „Blut" nicht wohl vertragen können. Einige allgemeine Betrachtungen mögen sie überzeugen, daß wir nicht grausamer sind als die Natur und als die Zeit. Die Natur folgt ruhig und unwiderstehlich ihren Gesetzen; der Mensch wird vernichtet, wo er mit ihnen in Konflikt kommt. Eine Aenderung in den Bestandteilen der Luft, ein Auflodern des tellurischen Feuers, ein Schwanken in dem Gleichgewicht einer Wassermasse und eine Seuche, ein vulkanischer Ausbruch, eine Ueberschwemmung begraben Tausende. — Was ist das Resultat? Eine unbedeutende, im großen ganzen kaum bemerkbare Veränderung der physischen Natur, die fast spurlos vorübergegangen sein würde, wenn die Leichen auf ihrem Wege lägen. — Ich frage nun: Soll die moralische Natur in ihren Revolutionen mehr Rücksicht nehmen als die physische? Soll eine Idee nicht ebensogut wie ein Gesetz der Physik vernichten dürfen, was sich ihr widersetzt? Soll überhaupt ein Ereignis, das die ganze Gestaltung der moralischen Natur, das heißt der Menschheit, umändert, nicht durch Blut gehen dürfen? Der Weltgeist bedient sich in der geistigen Sphäre unserer Arme ebenso, wie er in der physischen Vulkane und Wasserfluten gebraucht. Was liegt daran, ob sie nun an einer Seuche oder an der Revolution sterben? — Die Schritte der Menschheit sind langsam; man kann sie nur nach Jahrhunderten zählen; hinter jedem erheben sich die Gräber von Generationen. Das Gelangen zu den einfachsten Erfindungen und Grundsätzen hat Millionen das Leben gekostet, die auf dem Weg starben. Ist es denn nicht einfach, daß zu einer Zeit, wo der Gang der Geschichte rascher ist, auch mehr Menschen außer Atem kommen? Wir schließen schnell und einfach: da alle unter gleichen Verhältnissen geschaffen werden, so sind alle gleich, die Unterschiede abgerechnet, welche die Natur selbst gemacht hat. — Es darf daher jeder Vorzüge und darf daher keiner Vorrechte haben, weder im einzelnen noch eine geringere oder größere Klasse von Individuen. Jedes Glied dieses in der Wirklichkeit angewandten Satzes hat seine Menschen getötet. Der 14. Juli, der 10. August, der 31. Mai sind seine Interpunktionszeichen. Er hatte vier Jahre Zeit nötig, um in der Körperwelt durchgeführt zu werden, und unter gewöhnlichen Umständen hätte er ein Jahrhundert dazu gebraucht und wäre mit Generationen interpunktiert worden. Ist es da so zu verwundern, daß der Strom der Revolution bei jedem Absatz, bei jeder neuen Krümmung seine Leichen ausstößt? — Wir werden unserem Satze noch einige Schlüsse hinzuzufügen haben; sollen einige hundert Leichen uns verhindern, sie zu machen? — Moses führte sein Volk durch das Rote Meer und in die Wüste, bis die alte verdorbene Generation sich aufgerieben hatte, ehe er den neuen Staat gründete. Gesetzgeber! Wir haben weder das Rote Meer noch die Wüste, aber wir haben den Krieg und die Guillotine. Die Revolution ist wie die Töchter des Pelias: sie zerstückt die Menschheit, um sie zu verjüngen. Die Menschheit wird aus dem Blutkessel, wie die Erde aus den Wellen der Sündflut, mit urkräftigen Gliedern sich erheben, als wäre sie zum erstenmal geschaffen. (Langer, anhaltender Beifall. Einige Mitglieder erheben sich im Enthusiasmus.) Alle geheimen Feinde der Tyrannei, welche in Europa und auf dem ganzen Erdkreise den Dolch des Brutus unter ihren Gewändern tragen, fordern wir auf, diesen erhabenen Augenblick mit uns zu teilen. (Die Zuhörer und die Deputierten stimmen die Marseillaise an.) (Aus „Dantons Tod". Von Büchner.)

Vom Geist der Schule in Deutschland und Rußland

Von Ernst.

Wenn die Schule — wie dies von bürgerlicher Seite oft geschieht — zum Gradmesser für den Kulturzustand und Zukunftswillen eines Volkes gemacht werden sollte, so käme man bei der Betrachtung des russischen und deutschen Schulwesens zu dem Ergebnis, daß das russische Volk in aufsteigender Linie mit dem Blick in die Zukunft schreitet und das deutsche Volk sich abwärts bewegt und nur nach dem Vergangenen sieht. Dieses Ergebnis ist richtig, soweit es Rußland betrifft, für Deutschland aber nur, solange Deutschland ein kapitalistischer Staat ist. Das kapitalistische Herrschaftssystem zwingt den deutschen Bildungsanstalten eine Form auf, die sie zu den wirksamsten Werkzeugen der Weltreaktion macht.

Man sagte 1871, der deutsche Schulmeister habe den Krieg gewonnen. Man kann mit derselben Berechtigung sagen, der deutsche Schulmeister hat mitgeholfen, die Revolution von 1918 zu verlieren. Und die verlorene Revolution bedeutet für das deutsche Schul- und Hochschulwesen ein immer hoffnungsloseres Erstarren, ein immer tieferes Versinken in mittelalterliches Dunkel. Die großen dumpfigen, zum Teil grundlosen steinernen Schulpaläste der großen deutschen Städte sind Gräber für den Geist der deutschen Jugend. Die einfachen Holzbauten der russischen Kinderhäuser, die primitive Einfachheit der Schulräume [illegible] der Wichtigkeit der [illegible] sind [illegible] Geister. Der deutsche Oberlehrer, der aus nationalen Phrasen [illegible] Gedanken der Vergangenheit [illegible] macht und als Ideale [illegible] die Machtgebote des gegenwärtigen kapitalistischen Weltstaates als geistige „ewige" Güter preist, ist eine komische und zugleich tragische Figur und der Totengräber seines Volkes. Der russische Bildungsarbeiter, der frei von Phrasen der Vergangenheit Schüler an Schüler mit dem Fabrikarbeiter und dem Bauern die Jugend des ganzen Volkes in die Welt freier Arbeit im kollektiven Geiste einführt, ist der Mitschöpfer einer neuen Geisteswelt. Er ist der wahre Hüter des alten Kulturguts der Menschheit, der es schöpferisch weitervermittelt. Die Ideale der Menschheit haben sich zu ihm geflüchtet. Was seit Jahrtausenden die großen Pädagogen erkannten und ersehnten, wird hier zum erstenmal in der uns bekannten Menschheitsgeschichte Leben gestaltendes Prinzip, wird unter der Diktatur des Proletariats Wirklichkeit in neuer, gewaltig erweiterter Form.

In deutschen Schulen und Hochschulen wird es im besten Fall Wissensmaterial, das in ein Schubfach des Gehirns gepackt und dort vor Berührung mit der Wirklichkeit ängstlich bewahrt wird.

Das russische Volk, das einen so großen Prozentsatz an Analphabeten hatte, hat das Wunder erreicht, das deutsche Volk, in dem jeder lesen und schreiben kann, vermochte es nicht. Die Deutschen sind noch politische Analphabeten. Auch die harte Lebensschule der Kriegs- und Nachkriegszeit hat noch nicht vermocht, ihnen das wirtschaftspolitische ABC beizubringen. Das russische Analphabetentum ist leichter zu beseitigen als das deutsche.

Mit Staunen und Bewunderung erkannten wir deutschen Bildungsarbeiter den gewaltigen Grundriß des neuen russischen Erziehungsgebäudes, das alle Schichten des Volkes, alle Altersstufen und alle Berufe umfaßt, vom kleinen Kind angefangen über den Soldaten der Roten Armee bis zur alten Bauersfrau und in allen seinen Teilen von der gleichen Jugendkraft und unverzagten Zuversicht erfüllt ist trotz aller Hindernisse und vielfach unzulänglicher Mittel. Eine strotzende Fülle jugendlicher genialer Schöpferkraft trat uns entgegen in all dem Anschauungsmaterial, das die jungen Pioniere, die roten Soldaten und andere Schüler sich selber erschaffen, nicht als Anhäufung von [illegible] Wissensstoff, sondern zusammenhängend und lebendiges Wachstum aus einem lebendigen Mittelpunkt. Freude und Stolz am Aufbau der neuen Heimat Sowjetrußland. Weil dieser lebendige Mittelpunkt da ist, kann Sowjetrußland das ganze Erziehungswesen auf freiester Selbstbestimmung und Selbstdisziplinierung aufbauen, wie sie uns überall begegnete. Denn Lehrer und Schüler sind gleichermaßen eingeordnet in die Gemeinschaft der großen Arbeitskommune.

Weil dieser lebendige Mittelpunkt in Deutschland nicht da ist, haben wir hier noch den Typus der alten Lernschule, in der dem Schüler bestimmte Kenntnisse gedächtnismäßig übermittelt werden, den Kindern der herrschenden Klasse die Kenntnisse, die sie zur Leitung der Verwaltung und des Produktionsapparates brauchen, den Kindern der Arbeiter die Kenntnisse, die sie zur Abhängigkeit verurteilen und zugleich die Ideologie, die sie lehrt, diese Abhängigkeit zu bejahen und zu lieben. Der Stock als Hilfsmittel wird noch immer angewandt. Der Kirche werden immer weitere Rechte auf die Schule eingeräumt. In den katholischen Teilen Deutschlands versucht sie durch das Konkordat wieder allmächtig und hat das Recht, Lehrer abzusetzen und Schüler aus der Schule zu entfernen.

An den Hochschulen wird unter der trügerischen Maske einer voraussetzungslosen Wissenschaft Wissenschaft betrieben, deren Voraussetzung das Interesse der kapitalistischen Herrschergruppen ist. Und unter der Maske der politischen Neutralität wird die einseitigste reaktionäre Politik getrieben.

Diejenigen Lehrer und Hochschullehrer, die in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg und in der Nachkriegszeit neue Wege der Erziehung und neue Wege der Unterrichtsmethode suchten und oft unter großen persönlichen Opfern freie Schulen, Siedlungen und Landerziehungsheime gründeten, werden auf jede Weise in ihrer Arbeit behindert und persönlich verfolgt, und müssen nun erkennen, daß pädagogische Inseln von einer kapitalistischen Umwelt verschlungen werden, und daß grundsätzliche Schul- und Hochschulreformen im kapitalistischen Staat nicht durchführbar sind.

Die Lehrer und Schüler tragen in Deutschland vielfach bessere Schuhe und Kleider als die russischen Lehrer und Schüler. Aber sie zahlen dafür einen furchtbaren Preis: die Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit des ganzen Volkes.

Verantwortlich: Carl Junghans, Dresden

Kunst und Wissen
UNTERHALTUNGSBEILAGE

2. Jahrgang — Sonnabend, den 27. Februar 1926 — „Arbeiterstimme" Nr. 49

Ihr könnt das Wort verbieten

Ihr könnt das Wort verbieten —
Ihr tötet nicht den Geist.
Der über eurer Lüge,
Ein kühner Adler, kreist!
Ihr könnt das Wort verbieten,
Doch rollen wird sein Schall
Hin über eure Häupter
In dumpfem Widerhall!
So lange wird es rufen
Zur Tat die schlaffe Zeit,
Wie nach der trägen Mutter
Das Kind verlangend schreit,
Bis auf den höchsten Höhen,
Bis in dem tiefsten Schacht
Der Mensch zum letzten Kampfe
Sich aufrafft und erwacht.
Hei, wie die Steine fallen
Von eurer festen Burg!
Durch die gestürzten Mauern
Glänzt schon das Frühlicht durch!
Und wenn auch mancher sterbend
An eurer Lüge sinkt,
Sich auf den leeren Posten
Ein neuer Kämpfer schwingt!
Ihr mögt sein Wort verbieten!
Ich sehe seinen Geist,
Wie er, ein kühner Adler,
Ob eurer Schande kreist! —
Dann steigt auf toten Trümmern
Die neue Zeit empor,
Und offen leiht sie freundlich
Ihr immer offenes Ohr!
Dann werden die Tage kommen,
Wo nicht mehr fort und fort
Das Wort der bangen Sehnsucht
Auf durstigen Lippen dorrt;
Wo keiner Frevel nennen
Die kühne Wahrheit darf,
Wenn sie den Fluch der Lüge
Gesprochen grell und scharf.
Dann sind wir endlich Sieger!
Und euch, euch bleibt die Schmach,
Die auf dem Weg der Freiheit,
Ein trüber Schatten, lag! —
Noch ist in euren Händen
Die rohe, dumpfe Macht,
Die jedes freien Wortes
In Hochmutsdünkel lacht!
Noch könnt ihr es verbieten:
Das Wort — doch schon sein Geist
Hoch über eurer Lüge,
Ein freier Adler, kreist!

John Henry Mackay

Zum Pazifismus

Deutsche Woche in Paris.

Von Ignaz Wrobel.

Im Januar hatten wir zwei deutsche Gäste: Thomas Mann und Alfred Kerr haben zur Franzosen in Paris gesprochen. Mann in der Dotation Carnegie, Kerr in der Sorbonne, in einer öffentlichen Veranstaltung der Friedensgesellschaften und auf einem Empfang der Zeitschrift „Comoedia".

Der Empfang durch die Presse war, von kleinen Ausnahmen abgesehen, interessiert, viele Zeitungen brachten Photographien. Beide Schriftsteller wurden durch den Professor Lichtenberger vorgestellt, der ein ausgezeichneter Kenner der deutschen Literatur ist. Mann sprach ein paar Einleitungsworte französisch, die Rede selbst deutsch; Kerr sprach französisch. Wer da weiß, wie unendlich schwer es ist, vor einem französischen Publikum als Fremder französisch zu sprechen, auch dann, wenn man die Sprache so gut beherrscht wie Mann und Kerr, wer weiß, wie die Seele einer französischen Zuhörerschaft so ganz, ganz anders ist als die einer deutschen, wird keine Kritik der Einzelheiten vornehmen. Kerr erzählte über deutsches Theater, das ihm eine Möglichkeit zur Völkerversöhnung zu sein scheint; Mann sprach über deutsche und französische Geistigkeit nach dem Kriege. Da kurz vorher Elisabeth Rotten von einer französischen Patriotin in demselben Saal, wo Kerr sprach, angegriffen worden war, hatte man Einladungen ergehen lassen; die Kontrolle war streng, vielleicht zu streng. Welchen Eindruck diese Vorträge auf Franzosen gemacht haben, ist sehr schwer zu sagen.

Wer als Deutscher in Paris diese seine Landsleute hat sprechen hören, muß bei der Beurteilung ihrer Wirkung auf die deutsch-französische Annäherung jede interne literarische Erinnerung völlig beiseite lassen. Es ist in diesem Zusammenhang ganz gleichgültig, wie ich zu Kerr oder Mann „stehe" — ob ich sie lese oder nicht lese —: Franzosen sehen diese Abgesandten deutschen Geistes mit ganz anderen Augen an als wir, die wir sie noch kennen, und es kommt in diesem Falle nur auf die Franzosen an.

Der deutsche Botschafter, Herr v. Hoesch, hatte einen Abendempfang veranstaltet, auf dem zum erstenmal nach dem Kriege wieder französische Minister die deutsche Botschaft besuchten. Aber schließlich ist ja seit sieben Jahren Friede ... Herr von Hoesch ist ein außerordentlich liebenswürdiger Herr, dessen gewandte Propaganda durch Literatur dem polternden Auftreten einiger seiner Kollegen in Südamerika vorzuziehen ist. Ich hatte den Eindruck, daß Kerr und Mann von ihrer Verständigungsarbeit befriedigt waren.

Nichts gegen diese Arbeit.

Und andere für sie.

Eine solche Annäherung ist nicht nur auf eine kleine Zahl von Leuten beschränkt — sie bleibt es auch. Dergleichen dringt erfahrungsgemäß niemals durch, bringt niemals in die Massen, und man sage ja nicht, daß so etwas ein Anfang ist. Es ist ein Ende.

In Berlin liegt das noch etwas anders als in Paris. Der Kreis von Gebildeten, die für einen Fremden Interesse haben, ist dort weit größer als in dem egozentrischen Paris, das nicht angelaufen kommt, sondern zu dem man kommen muß. Nicht der Vortragssaal ist hier das Zentrum, sondern der Salon. Durch diese Salons geht aber seit altersher ein solcher Strom von Fremden aller Kontinente, daß die Gewohnheit die Neugier auch dann getötet hätte, wenn sie vorhanden wäre. Sie ist nicht vorhanden. Der Franzose hält es heute noch für durchaus natürlich, daß die Vertreter fremder Völker von ihm etwas annehmen, er will bei ihnen nichts lernen. Er spricht ihre Sprachen nicht, er kennt ihre Kulturen nicht, denn er will nicht. Die wirklich internationale Schicht schwimmt wie Oel auf dem Wasser. Da ist aber noch ein anderes.

Die Kernfrage ist überhaupt nicht, ob uns gelingt, die französische und die deutsche Lebensauffassung einander näher zu bringen, was schwer, beinahe unmöglich ist — es handelt sich darum, Kriege zu vermeiden. Und die werden so nicht vermieden.

Reden deutscher Schriftsteller in Paris; Ausstellung französischer Bilder in Berlin; Gastspiel Max Reinhardts in Paris, Reden französischer Schauspieler in Berlin; Entsendung interessierter Deputationen in beide Länder —: alles das bewirkt noch nichts. Es erweitert vielleicht den Horizont einzelner Leute, es hilft dem Wissen von der Weltlage — aber es wird nicht ein Schuß weniger abgefeuert werden, wenn die [illegible] rufen.

Solange die Staatsmacht, über das Leben der Volksangehörigen zu verfügen, unangetastet bleibt, ist diese Art pazifistischer Annäherung ein harmloses Gesellschaftsspiel. Solcher Pazifismus verpflichtet zu nichts. Man ist des besten Willens voll, zu verstehen, sich verständlich zu machen, die Völker zu nähern — doch wenn die Trompeten blasen, ist das alles ver-

geben. Und das ist seine politische Theorie ... daher geht er einem unentwirrbaren Dramas. Deutsche Zeitschriften in Paris, französische in Berlin ...

Genau so weit waren wir im Jahre 1812 auch.

Auch damals kamen Pariser nach Heidelberg, tranken und schwiegen; kamen Berliner nach Paris, tranken und wirkten auf die Madame ein; stellten wir einander Vorträge und klatschten uns zu; konnten sogar Fahnen entfaltet werden, die nicht abgerissen wurden — und wohin hat das geführt? Was hat das genützt? Geben die Antwort.

Wollen wir daraus keine Lehre ziehen —? Soll dieser ganze Affentanz würdig gebildeter Männer um das Idol einer hochwirrenden Weltanschauung von neuem beginnen? Er ist lächerlich und gefährlich.

Lächerlich: weil sogar die Leute, die im Jahre 1914 auf beiden Seiten den Beistand bekommen haben, wiederum mitmachen, auf beiden Seiten. Da tanzen dieselben bösartigen Greise, die mit ihren beschränkten Ansichten den Niedergang der Gesellschaft gehalten haben, so gut sie konnten. Dieselben Kriegsdichter, die noch zur Zeit der Ruhrbesetzung als Vaterlandsretter figuriert haben, Gesinnung so wandelbar wie Verse, strecken heute die Hände als Versöhnungszeichen hin. Es waren nicht einmal Leichtmatrosen.

Gefährlich: weil es den guten Willen Gutgläubiger ausnützt und abfängt. Sie glauben, wirklich etwas für den Pazifismus zu tun, wenn sie solchen Organisationen angehören, Beiträge bezahlen, eine grüne Mitgliedskarte haben; sie glauben, ernstlich ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie in einem Vortrag des Friedens nicht pfeifen, sondern klatschen. Das ist gar nichts.

Ich betone ausdrücklich, daß ich die Lage auf der französischen Seite genau so ansehe wie auf der deutschen. Angegeben, daß Herr Geßler nicht in die französische Botschaft gingen, wenn dort Herr Poincaré zu Gast wäre; sein gewinnendes und schlagfertiges schwäbisches Wesen könnte da vielleicht nicht so recht zur Geltung ... Herr Poincaré geht in die deutsche Botschaft. Na und —?

Und es ist nichts geändert, und es kann so nichts geändert werden, und es ist alles für die Katze. Nicht darauf kommt es an, ob ein deutscher Literat in Paris „richtig" spricht oder nicht — meist haben sie viel zu viel Scham, meinen ihren Worten eine viel zu große Bedeutung bei und glauben, es hänge weiß Gott von denen ab, wenn sie etwa ein „unopportunes" Wort sprechen .... Während doch nur die unverbrüchliche Worte einen Sinn bringen.

Diese heute Annäherung ist deshalb um so zeitgemäßer bis zur letzten Minute gewesen, weil sie nichts ändert, weil sie nicht ins Volk geht, weil sie Machtverhältnisse unberührt, statt sie das aufs Messer zu bekämpfen. Von Goethe erinnert an die übermütigen Schelmenstreiche guter Schüler in einer Zeichenstellung der Anfänge: schmunzelnd sehen die Lehrer dabei und freuen sich; es ist so schön erfreut.

Sehr bezeichnend ist das Publikum dieser pseudo-pazifistischen Veranstaltungen. Was sofort auffällt, ist das fast vollkommene Mangel an Jugend. Wo ist die —? Auf der andern Seite. Aber wäre ich zwanzig Jahre: ich ginge auch dorthin, wo etwas geboten wird, wo Schwung ist, Kraft, Aktion, Kulturschwelle Ahern. Wenn man in der Liebe Nein zwanzig Jahre ist dann ist man in der demokratischen Politik immer hundert. Manche werden gleich so geboren.

So geht's nicht. Es geht nicht, weil die Zeit der gebildeten Bürgerbildung, wie sie eine die „Frankfurter Zeitung" repräsentiert, ein für allemal vorbei ist; weil es keine Kunst, keine Wissenschaft, keine Technik gibt, die über den Klassen schwebe wie eine weiße Fee. Das neutrale Gebiet, auf dem sich die Schriftgelehrten dieser Gattung würdig treffen, objektiv gebügelt und mit herzlich neutraler Hemdbrust — dieses Gebiet gibt es nicht und hat es nie gegeben. Es schmeichelt den Trägern, ich weiß es; es tut noch, auf die Sinnlosigkeit eines so schön humanen Tanzes aufmerksam gemacht und mit der Nase auf die Gangrenaden gestoßen zu werden, die im Keller, gerade unter der Bibliothek, liegen — aber es ist die Wahrheit. Die Wahrheit, die keinen braucht, der sie verkündet; die Herren selbst verschwinden sie in dem Moment, wo's ernst wird; kaum können sie den Patriotismus halten, schon springt er unter den fleißigen Sätzen der Wissenschaft in Literatur und Kunst offig hervor. Das Beziehungsmonopol wackelt, die Wirtschaft wackelt, und in den Zwischenpausen spielen sie Weltverversöhnung.

Es gibt heute eine Locarno-Heuchelei, wie es eine patriotische Heuchelei gibt. Das „Institut de la Coopération Intellectuelle" ist zu Paris mit vielen schönen Reden eröffnet worden. — Ich verzichte mir nicht das geringste bei. Die deutschen Kriegsdichter mit ihrer Kriegsgeschichte, es hat nicht gefehlt, und es wird weiter nicht helfen. Chère Collègue, lassen keinen Frieden.

Den Frieden sichert eine kapitalistische Konstellation, die der einen Gruppe aus rein wirtschaftlichen Erwägungen verbietet, gegen die andere Gruppe abblasen zu lassen. Das wäre, auf der Basis der gegebenen Gesellschaftsordnung, eine echte und wahre Friedensmöglichkeit.

Ich wünsche mir eine andere. Das schöne französische Wort: „On est toujours le réactionnaire de quelqu'un" ist mir gut bekannt, und ich beabsichtige nicht, unaufmerksamen und unfertigen Männern Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Ich halte nur ihre Verlautungen und ihre Schriften, ihre gemütlichen und liberalen Anstrengungen für zwecklos. Nicht, weil ihre Personen unzulänglich wären, sondern weil die Sache, der sie zu dienen glauben, ihnen spottet. Nichts ist gegen die Arbeit guter Mittler zu sagen — aber alles gegen ihre Bewertung.

Diese Wirtschaftsordnung kann keinen Frieden halten, weil sie den Krieg zum Leben braucht, wie ihn die alten Dynastien gebraucht haben. Diesen laienen Kriegsjubel beseitigt man nicht, indem man gemeinsam Schmetterlinge fummels und kunstgewerbliche Gebrauchsgegenstände anstellt, sondern: indem man die Verursacher und die Ursachen dieser Wirtschaftsordnung beseitigt. Da es in der Geschichte keinen freiwilligen Verzicht von Klassen auf ihre Vorrechte gibt: mit Gewalt. Denn das ist das Wesen der Revolution: daß die unterjochten Begriffe eben nicht nicht gelten, daß man eben nicht gerecht ist, daß es eben nicht nach Paragraphen und Verdienst, sondern auch der Notwendigkeit geht, daß jene Ordnung, die sich das nur gebildete Gehirn nicht ausgedenken vermag, erschüttert und eine geschlagen wird. Eine Polizeiaufgabe.

In diesem Sinne bin ich für eine deutsch-französische Verständigung. („Weltbühne" Nr. 6.)

Dem Staatsgerichtshof

Von Ferdinand Lassalle

... Ich hatte in meiner Rede im ersten Teile, derselben die Betrachtung des Mittelalters erwähnt, daß schon im Jahre 1652 auf dem Deutschen Reichstag, schon im Jahre 1614 auf den französischen „Etats generaux" (Ständeversammlung) die Aufhebung der Zünfte verlangt worden sei. Ich hatte erwähnt, daß im Jahre 1776 der reformierende Minister Turgot in Frankreich die Zünfte aufhebt, der König aber durch das Gesetz der privilegierten Klassen gezwungen wird, wenige Monate darauf sein eigenes Gesetz zu widerrufen; und daß endlich durch den Bastillesturm in einem Tage erreicht wurde, was in Deutschland und Frankreich seit fast zwei Jahrhunderten vergeblich erstrebt worden war. —

Ich hatte daran folgende objektive und historische Betrachtung gebraucht: „Sie erkennen daraus, meine Herren, daß, welche großen Vorteile auch dem Reformieren auf legalem Wege zukommen, dieser doch wieder bei allen wichtigsten Punkten den einen großen Nachteil hat, von einer sich über ganze Jahrhunderte hin erstreckenden Ohnmacht zu sein, und außerdem, daß der revolutionäre Weg, mit wie unbeugsamen Nachteilen er auch verbunden ist, dafür den einen Vorteil hat, schnell und energisch zu einem praktischen Ziele zu führen."

Und in dieser streng objektiven und historischen, die Vorteile und Nachteile von Revolutionen gleichmäßig beschreibenden, bei der geschichtlichen Darstellung der mittelalterlichen Periode gemachten Betrachtung erblickt der erste Richter einen Grund zur Verurteilung, indem er nämlich annimmt, daß ich folglich den revolutionären Weg dem legalen vorziehe und daß ich folglich wohl auch über die jetzige Geschichtsperiode und die in ihr zu erlangenden Ziele ebenso denken und alle auf dem Grunde meiner Seele den Gedanken tragen müsse, daß die arbeitenden Klassen jetzt ebenso handeln möchten! — Kaum habe ich meinen Augen getraut, als ich diesen Grund der Verurteilung in dem Urteil fand!

Abgesehen davon, daß, selbst wenn man auf diese Schlußfolgerung eingehen wollte, dann nur eine Anklage auf Aufforderung zur Revolution gegen die Staatsgewalt, nicht aber auf Anreizung zu Haß und Verachtung gegen die Staatsangehörigen möglich wäre — liegt der erste Richter nicht, daß diese Verurteilung auf Schlußfolgerungen, die diagonalste Umschreibung aller Rechtsgrundsätze darstelle?

Diese Schlußfolgerungen sind durchaus schief und fehlgehend. Es sind Parteiaspiraten (Rechtsschüsse), deren Unrichtigkeit ich schon in meiner Repliktionsverteidigungsrede, wenn ich sie recht erinnere, dargetan habe.

Aber wenn diese Schlüsse auch ebenso richtig wären als sie falsch sind, — jetzt kann der erste Richter nicht, daß er gar kein Recht hat, solche Schlußfolgerungen anzustellen? Dürfen er sich lediglich an meine ausgesprochenen Worte halten und nicht darüber hinaus in das heilige Amt meiner inneren Denkfreiheit eindringen darf? Daß er nicht das geringste Recht hat, solche unausgesprochenen Ansichten, selbst wenn er aus dem Ausgesprochenen schließen könnte, daß ich auf dem Grunde meiner Seele verbunden sein müßten, vor das Forum des Strafrechts zu ziehen?

Mein Erstaunen darüber ist maßlos gewesen, denn das Urteil stellt hierin eine Verletzung aller heiligsten Grundsätze des Rechtes dar, eine Verletzung, — so schreiend, daß sie selbst auch in den Zeiten höchster Rechtslosigkeit in diesem Grade ohne Beispiel dastehen.

Wissen Sie, meine Herren, welchen Fall die konkretesten Gerichtsschreiber als den äußersten Grenzfall wider Rechtslosigkeit aufführen, welchen die Schandrichterkanale der französischen Revolution auf sich geladen haben? Es ist der Fall einer Verurteilung, die deshalb erging, weil der Angeklagte überhört war, die Rede gegangen zu haben: „O Richard, mein ami!" — „O Richard, mein König!"

Nun wohl! Ich werde verurteilt, weil der Richter nicht einmal auf meinen Kappen, nein, weil er auf dem Grunde meiner Seele die Melodie gefunden zu haben glaubt: „O, Revolution, sei mein!" — „O Revolution, meine Königin!"

Ich werde Ihnen nicht verhehlen, meine Herren, daß unsere Aufsichten sich weit auseinander liegen werden. Ich wünsche gewiß nichts, was Sie nicht wünschen mögen, was niemand nicht, was Sie wünschen.

Was aber hat das mit der Sphäre unseres Rechtes zu tun?

Nicht nach alle das, was wir wünschen, kommt uns das, was wir glauben.

Sie glauben an keine Revolutionen, meine Herren. Nicht — ja, mich haben meine Gedanken bahin gebracht, an eine Revolution zu glauben.

Ich habe mich schon in meiner Verteidigungsrede außer Zweifel darüber ausgesprochen, welches die wissenschaftliche Bedeutung des Wortes Revolution ist, in welcher ich dieses Wort gleich setze.

Diese Bedeutung ist keine andere, als die, daß ein neues Prinzip an die Stelle eines bestehenden Zustandes geht, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt.

In diesem Sinne kann ich sagen, daß ich jedenfalls vor dem künftigen Eintreten einer Revolution überzeugt bin.

Sie wird entweder eintreten in voller Gesetzlichkeit und mit allen Segnung des Friedens, wenn man der Weisheit hat, daß zu ihrer Einführung zu entschließen, beizeiten und von oben herab — oder aber sie wird innerhalb irgendeines Zeitraumes hereinbrechen unter allen Konvulsionen der Gewalt, mit wild wütenden Lawinen, unter Sandalen an ihren Füßen.

In der einen oder anderen Weise wird sie kommen, jedenfalls, und wenn ich, mich dem Tagesläuf verschließend, in die Geschichte mich vertiefe, so höre ich ihr Schreiten ..."

Aus: „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen." (Eine Verteidigungsrede vor dem kgl. Kammergericht zu Berlin gegen die Anklage, „die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Reichenden öffentlich angereizt zu haben.")

Ich glaube

Emile Zola

Ich glaube, daß die Zukunft der Menschheit in dem Fortschreiten des Verstandes durch die Wissenschaft liegt!

Ich glaube, daß das Kriterium der Wahrheit durch die Wissenschaft das göttliche Ideal ist, welches dem Menschen vorschweben soll!

Ich glaube, daß alles Täuschung und Eitelkeit ist, außer den Schätze der langsam erworbenen Wahrheiten, welche sich alle nicht verlieren werden!

Ich glaube, daß die Summe dieser Wahrheiten, welche sich täglich mehren, zuletzt den Menschen eine unbeschreibbare Macht und die Zufriedenheit — wenn nicht das Glück — geben.

Die Kunst ist in Gefahr

Von George Grosz

Der Künstler, auch wenn er es nicht will und weiß, steht in lebiger Wechselbeziehung zur Oeffentlichkeit, zur Gesellschaft, und kann sich ihren Entwicklungsgesetzen nicht entziehen, auch nicht, wenn sie wie heute, im Zeichen des Klassenkampfes stehen. Auch vornehmes Sich-darüber- oder -außerhalbstellen heißt Partei ergreifen, denn solche Indifferenz und Jenseitigkeit ist automatisch eine Unterstützung der Klasse, die gerade die Macht hat, also in Deutschland des Bürgertums. Im übrigen tritt eine große Zahl von Künstlern ganz bewußt für die bürgerliche Weltordnung ein, da nur darin ihre Arbeit sich bezahlt macht.

Im November 1918, als sich das Blatt zu wenden schien — da entdeckte plötzlich der weltabgewandteste Pinsel sein Herz für das arbeitende Volk, einige Monate lang wurden rote und rötliche Allegorien und Paphleie in Massen hergestellt und behaupteten sich auch auf dem Kunstmarkt. Doch bald gegen Ruhe und Ordnung wieder das Land — siehe da, unsere Künstler kehrten möglichst geräuschlos wieder in die höheren Regionen zurück: „Was wollen Sie, wir sind revolutionär geblieben — aber die Arbeiter, hören Sie bloß damit auf. Sind alles bloß Spießer. In diesem Lande kann man zu keine Revolutionen machen." Und so beiten sie wieder in ihren Ateliers über ihren „wirklich" revolutionären Form-, Farb- und Stilproblemen.

Formale Revolution hat ihren Schreck natürlich längst verloren. Der moderne Bürger verdaut alles; einzig der — Gedankenstrich ist angreifbar. Der junge Kaufmann von heute ist ein anderer als der aus Gustav Freytags Zeiten: Gottlob, dieser hängt er in seine Wohnung auch die radikalsten Bilder (die Rolle-Legende ist eine Erfindung der „Meggendorfer"). Sich rasch und bedenkenlos umstellen, „nicht von gestern sein" ist die Parole. Rote — letzter, jüngster Tag. Ohne Phrasen von Klassenkampf, verpflichtenden Reichtum; nüchtern, sachlich, ein ganz Stumpfsinn, unglaublich, maßlos, maßlos habgierig, hat er nur Verständnis für seine Ware, für alles andere einschließlich der Deutschen Philosophie, Schiff, Kunst, für die ganze Kultur gibt es ja Spezialisten, die bestimmen die Mode, und das wird dann eben abgepeitscht. Die Form-Revolutionäre und „Wanderer im Nichts" schneiden dabei nicht einmal schlecht ab, denn sie sind den Herren zu innerst verwandt, haben bei aller äußeren Verschiedenheit die gleiche indifferente, arrogante Lebensauffassung.

Wenn die revolutionäre Seele der Arbeiterschaft keine Revolution oder „schöne, aber leider nicht zu verwirklichende Idee" ist, die kann sich damit nicht zufrieden geben, harmlos oder kompromißlerisch bewußtes zu erbeiten. Er wird sich bemühen, der Kampfider des Arbeiters Ausdruck zu verleihen, wird den Wert seiner Arbeit an ihrer sozialen Brauchbarkeit und Wertlosigkeit messen, nicht an unkontrollierbaren individuellen Kunstprinzipien oder an öffentlichen Erfolg.

Fassen wir zusammen: Sinn, Wesen und Geschichte der Kunst stehen in direktem Zusammenhang mit dem Sinn, Wesen und der Geschichte der Gesellschaft. Voraussetzung der Erkenntnis und Beurteilung auch der Kunst unseres Zeitalters ist demnach ein auf Kenntnis von Tatsachen und Zusammenhängen des realen Lebens sowie auf seinen Erschütterungen und Spannungen gerichteter Geist. Die Menschheit bemächtigt sich seit einem Jahrhundert im größten Maßstabe der Produktionsmittel der Erde. Gleichzeitig nimmt der Kampf der Menschen untereinander um den Besitz dieser Mittel immer unbeschreibbare, die Menschen unaufhaltsam in seinen Strudel reißende Formen an. Es gibt Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentende — Aktionäre, Unternehmer, Händler und Finanzmenschen. Der Rest ist Eiappe der beiden Fronten. Dieser Kampf uns Dasein der in eine ausbeutende und in eine ausgebeutete Hälfte getrennten Menschheit heilt in seiner schärfsten und letzten Form: Klassenkampf.

Ja, die Kunst ist in Gefahr:

Der heutige Künstler, wenn er nicht ein Dreckjäger, ein antiquierter Blindgänger sein will, kann nur zwischen Technik und Klassenkampfpropaganda wählen. In beiden Fällen muß er „die reine Kunst" aufgeben. Entweder indem er als Architekt, Ingenieur oder Reklamezeichner sich einreiht in das — leider noch sehr feudalistisch organisierte — Heer, das die industriellen Kräfte entfaltet und die Welt ausbeutet, oder indem er, als Schilderer und Kritiker das Gesicht unserer Zeit spiegelnd, als Propagandist und Verteidiger der revolutionären Idee und ihrer Anhänger sich einreiht in das Heer der Unterdrückten, die für ihren gerechten Anteil an den Werten der Welt, für eine einzelne, soziale Organisierung des Lebens kämpfen.

SLUB
Wir führen Wissen.

2. Sitzung des Erweiterten EKKI.

Moskau, 20. Februar. (Inprekorr.) Die zweite Sitzung des Erweiterten EKKI wurde unter dem Vorsitz des Genossen Tschitscherin am 20. Februar, 11 Uhr vormittags, eröffnet.

Außer den in der Eröffnungsinstanz gewählten Kommissionen werden einstimmig noch folgende Kommissionen gewählt: eine **deutsche** Kommission, bestehend aus Stalin als Vorsitzendem, Kuusinen als Sekretär sowie aus je zwei Vertretern der größeren und je einem Vertreter der kleineren Parteien; ferner eine **japanische** Kommission, bestehend aus Brown (England) als Vorsitzenden, aus einem amerikanischen Genossen als Sekretär und aus je einem Vertreter aller Sektionen sowie persönlich aus mehreren Genossen aus den Kolonien.

Genosse Dunne (Amerika) begründet die Absendung eines Begrüßungstelegramms an die verhafteten englischen ZK-Mitglieder und betont, daß mit der Verschärfung der englisch-amerikanischen Gegensätze zugleich die **Solidarität** der englischen und amerikanischen Genossen wächst. Das Begrüßungstelegramm wird unter Beifall einstimmig angenommen.

Ein langanhaltenden Beifallskundgebungen empfangen, beginnt Genosse Sinowjew seinen Bericht über die Tätigkeit des EKKI.:

Referat des Genossen Sinowjew

Der 5. Kongreß stellte die demokratisch-pazifistische Aera fest, die die Erweiterte Exekutive im Jahre 1925 das Stichwort: „Stabilisierung". Das Stichwort der gegenwärtigen Tagung heißt: „Die Stabilisierung fängt an zu wanken." Allerdings ist es unsere erste Pflicht, dieses Wanken nicht zu übertreiben, keine falschen Schlußfolgerungen zu ziehen. Das Motto unseres Aktivs sollen die Leninschen Worte sein: **„Für einen wirklichen Revolutionär ist die allergrößte und vielleicht die einzige Gefahr die revolutionäre Uebertreibung, das Ueberschreiten der Grenzen und Bedingungen für eine zweckmäßige und erfolgreiche Anwendung revolutionärer Methoden. . . . Wirkliche Revolutionäre gehen nur dann unter, wenn sie ihre Wirklichkeit verlieren und auf den Gedanken kommen, daß die „reine Weltrevolution" immer und auf allen Gebieten fortzuführen ist."**

Zwei Perspektiven

Seit dem 3. Weltkongreß und besonders seit dem 5. arbeiten wir mit **zwei Perspektiven** im Sinne des Tempos und der allgemeinen Marschroute der proletarischen Revolution selbst. Es sind und bleiben proletarische Revolutionäre, wir wissen, daß die **proletarische Diktatur auf der Tagesordnung** steht. Die eine Perspektive rechnet mit einer schnellen Entwicklung, mit dem Tempo der Revolution im Weltmaßstab in einigen Jahren, die andere mit einer mehr schleppenden Entwicklung.

Das Rechnen mit zwei Perspektiven ist unbehaglich, aber notwendig. Die Behauptung, daß dies Eklektizismus, Mangel an einer festen Linie sei, **ist falsch.** Das ist nicht Eklektizismus, sondern entspringt dialektisch aus der gegebenen historischen Situation. In der Frage der Marschroute stützen wir uns leider vielleicht zu viel auf **Mitteleuropa.** Nach der letzten Tagung des Erweiterten EKKI. blickten wir zu sehr nach **England.** Im Jahre 1925 war die Stabilisierung in Deutschland so auffällig, daß wir den Reifegrad der revolutionären Bedingungen in Deutschland nachlässig betrachteten. Der Kapitalismus auf dem Balkan ist gleichfalls relativ stabilisiert, doch müssen die revolutionären Möglichkeiten auf dem Balkan beachtet werden. Hier kommen die **chinesischen** Ereignisse. Das zeigt, wie kompliziert die Marschroutenfrage ist. Wir müssen bereit sein, mit allen Möglichkeiten zu rechnen.

Die Perspektivenlinie im Sinne des Tempos und der Marschroute **auch jetzt nicht aufgeben.**

Wir müssen immer mehr **nicht** nur eine europäische, sondern eine Weltinternationale werden.

Trotzki verspottet den Vorschlag Cramps, die Arbeiterbewegung in eine europäische, eine asiatische und eine amerikanische Internationale unter Führung Amsterdams, Moskaus und der American Federation of Labour zu teilen, einen Vorschlag, der nicht nur die Naivität der reformistischen Führer, sondern auch die Hoffnungen der Bourgeoisie widerspiegelt. Wir haben keine asiatische, sondern eine Weltorganisation unter uns und sind, selbstverständlich in voller Harmonie mit der russischen Revolution und ihren Führern, auf dem besten Wege dazu. Manche Bürgerliche verstehen es besser als Cramps, daß wir versuchen müssen, die ganze Welt zu erobern, oder die Bourgeoisie versuchen wird, unsere erste Festung anzugreifen.

Ueber Stabilisierung

Kaum wurde hier im vorigen Jahr das Wort „Stabilisierung" ausgesprochen, schon legte die 2. Internationale, vor Jubel jauchzend, es dergestalt aus, daß wir die Perspektive der Weltrevolution und der provokatorischen Diktatur aufgegeben hätten. Wir taten das keinen Augenblick, wir konstatierten nur in der Lage der Bourgeoisie eine gewisse relative, schwache Stabilisierung.

Der Unterschied zwischen uns und Kautsky und Otto Bauer besteht nicht darin, daß wir etwa eine gewisse Stabilisierung leugnen (wir sind stark genug, um ohne Illusionen zu arbeiten), sondern darin, daß die Sozialdemokraten nicht eine provisorische, relative Stabilisierung sehen, sondern eine neue Epoche, die „Renaissance des Kapitalismus" für eine große Zeitspanne, eventuell auf Jahrhunderte. Dies sagt zwar Otto Bauer in seiner wissenschaftlichen Analyse nicht, aber in der Tagespolitik sagen sie es alle. So wurde im Prager „Pravo Lidu" geschrieben, die Existenz des Kapitalismus sei auf **hundert Jahre** gesichert. Nach dem „Vorwärts" bedeutet Locarno eine volle, nach der Wiener „Arbeiterzeitung" eine fünfzigprozentige Verwirklichung des sozialistischen Prinzips. Der Unterschied ist, daß wir für den Kapitalismus die **Diagnose des Todes** stellen, während die sozialdemokratische Diagnose lautet: Wiedergeburt des Kapitalismus für eine ganze Epoche.

Wichtig ist es bei der Frage der Stabilisierung, womit wir die jetzige Lage vergleichen. Gegenüber 1913 hat kein Land außer **Amerika das Friedensniveau** erreicht, obwohl verschiedene Länder nahe daran sind. Dazu ist die Bevölkerung seitdem gewachsen; in normalen Zeiten wachsen in 15 Jahren die Produktivkräfte im gleichen Tempo. Gegenüber 1920, dem Höhepunkt seit den Schwierigkeiten des Kapitalismus, begann eine **relative, schwache Stabilisierung.**

Trotzdem ist die gegenwärtige Bilanz des Kapitalismus folgende: fünf Millionen Arbeitslose, dabei chronische Arbeitslosigkeit in England und jetzt auch in Deutschland. Eine Million Soldaten mehr in Europa als in der Vorkriegszeit. Die Arbeitslöhne sind in den meisten Ländern geringer als sie im Frieden waren.

Die Stabilisierung wurde größtenteils **auf Kosten der Werktätigen** und teilweise durch die sogenannte **„amerikanische Hilfe"** erzielt. Es gibt verschiedene Methoden der bürgerlichen Stabilisierung. Die deutsche Methode besteht in der sogenannten Rationalisierung, die englische in der Deflationsmethode, die französische in der Inflationsmethode, — überall aber geschieht sie auf Kosten der Werktätigen. Die englischen Konzernherren vergrößern künstlich die Arbeitslosigkeit, die französische Methode richtet sich vorläufig hauptsächlich gegen das Kleinbürgertum. Die amerikanische Methode besteht in den hohen Anleihen-Zinsen und im Wachsen der Steuerlawine.

Wir sind also berechtigt zu sagen, daß die Stabilisierung des Regimes der Bourgeoisie teilweise stärkt, doch mit solchen Mitteln durchgeführt wird, daß sie im Grunde genommen eine Revolutionierung der Lage bedeutet.

Seit der letzten Tagung des Erweiterten EKKI. trat in der englischen Stabilisierung, trotz der ganz kleinen Verbesserungswelle im letzten Monat eine Verschlechterung ein, die weiter anhält. Das Neue an der Situation ist, daß ein Siegerland, Frankreich, eine langandauernde, sich verschärfende und schleppende Krise durchmacht. In Deutschland, wo vor einem Jahre eine „glänzende" Lage war, ist scheinbar plötzlich, doch notwendigerweise eine scharfe Krise und große Arbeitslosigkeit entstanden. Dabei befinden sich die Auswirkungen des Dawes-Planes erst im Anfangsstadium. Auch der bürgerliche Oekonomist Kennes sieht, daß die Krise nicht nur in **Deutschland,** sondern auch in England nur durch einen politischen Sturm zu lösen ist. Wichtig ist der gänzliche Zusammenbruch der Stabilisierung Polens, da es im Mittelpunkte englischer, französischer und amerikanischer Einflüsse steht. Die Ereignisse im Orient beweisen noch mehr das Schwanken der Stabilisierung.

Englisch-amerikanischer Gegensatz

Wie in der Vorkriegszeit der deutsch-englische Antagonismus, ebenso ist jetzt der englisch-amerikanische Antagonismus das wichtigste Moment. Doch darf diese Frage nicht allzu einfach behandelt werden. Das Uebergewicht Amerikas darf nicht übertrieben werden, um so mehr; da die Bevölkerung Europas das dreifache der amerikanischen Bevölkerung beträgt, wobei in Europa mehr als 100 Millionen Proletarier sind. Doch darf der Antagonismus auch nicht unterschätzt werden. Die Kapitalausfuhr ist sehr groß, 60 Prozent der Goldvorräte der Welt befinden sich in Amerika, dazu ist Europa an Amerika total verschuldet. Amerika wagt es bereits, seine Anleihen, wie zum Beispiel in Belgien, an politische Bedingungen zu knüpfen.

In England sehen wir eine ganz andere Lage. Der Verlust seiner privilegierten Lage, trotz aller kleinen Verbesserungen in der letzten Zeit, ist eine vollendete Tatsache. Natürlich darf man nicht in einigen Monaten mit der Revolution in England rechnen. Aber die früher unklare Entwicklungstendenz ist jetzt ganz klar geworden. Dabei trägt sich die englische konservative Bourgeoisie gerade jetzt in Erwartung eines Bergarbeiterkonflikts mit einem **Kriegsplan gegen Sowjetrußland.**

Wir müssen den Grundunterschied in der Lage der Arbeiterschaft Amerikas und Englands erkennen. Die Entwicklung innerhalb der Arbeiterbewegung in England geht in die Richtung der Revolution, in Amerika vorläufig in die Richtung der Reaktion. Das dokumentiert fast leninistisch, unter anderem die Resolution des amerikanischen Gewerkschafts-Kongresses gegen die Anerkennung Sowjetrußlands und für den offensiven Kampf gegen die revolutionäre Bewegung.

Amerika ist jetzt das gelobte Land des Reformismus, man beginnt, die amerikanische Methode nach Europa zu verpflanzen, wo man schon mit Arbeiterbanken, mit Ausspielung des Fordismus gegen den Marxismus zu arbeiten anfängt. Die American Federation of Labour ist eine Organisation nicht einfach der Arbeiteraristokratie, sondern, wie Genosse Pepper richtig sagt, eine Organisation der Arbeiteraristokratie innerhalb der Arbeiteraristokratie. Der deutsche Gewerkschaftsführer Tarnow und die „Schmerbäuche" der American Federation of Labour meinen, daß der Bolschewismus nur eine Religion für hungrige und verzweifelte Leute sei. In Amerika werden wir wahrscheinlich einen Zeitabschnitt des Aufblühens der Ideologie der Arbeiteraristokratie durchmachen. Wenn wir das Wesen der rechten Sozialdemokratie kennen wollen, müssen wir diese Ideologie studieren.

Die Krise in Frankreich

Frankreich erlebte als Siegerland eine Krise und zwar nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine ökonomische und soziale, danach auch eine politische Krise. Es wäre aber eine Uebertreibung zu denken, daß Frankreich jetzt eine Krise durchmacht wie Deutschland 1923; deshalb waren die Parolen: „Umwandlung des Marokkokrieges in den Bürgerkrieg!", oder die Parole: „Faschismus oder Kommunismus!" unrichtig. Die Lage aber ist günstig für die politische Hegemonie des Proletariats im gegenwärtigen politischen Kampf. Der Kampf geht zwischen Großbourgeoisie einerseits und Kleinbürgertum und Bauerntum anderseits, wobei die KP. Frankreichs nicht nur die Führung der Arbeiterklasse, sondern auch von breiten Schichten des Kleinbürger- und Bauerntums übernehmen kann.

In Frankreich leben wir das klassische Beispiel für den **Bankrott der kleinbürgerlichen Parteien,** die schließlich durch die Großbourgeoisie beherrscht werden. Der linke Block kapituliert ständig vor der Großbourgeoisie, die noch eine Zeitlang Inflationspolitik betreiben will. Wenn die Inflationspolitik aufgegeben wird, beginnt erst die wirkliche Krise. Diese Krise wird vielleicht nicht sofort eine Erwerbslosigkeit herbeiführen, da in Frankreich 2 Millionen ausländischer Arbeiter leben, die zur Zeit der Krise hinausgejagt werden. Deshalb muß die KPF. energischer als bisher unter den ausländischen Arbeitern agitieren, um dieselben in Agitatoren und Organisatoren des Kommunismus in den eigenen Ländern zu verwandeln.

Die Finanzkrise führte schon eine klassische Krise der kleinbürgerlichen Parteien herbei, die KPF. muß dies auszunutzen verstehen. Für die französische Bourgeoisie gibt es keinen Ausweg ohne Verschärfung der Krise, und die Arbeiterbewegung Frankreichs wird bald als Sekundant der radikalisierten Arbeiterbewegung Englands auftreten. Die französischen Arbeiter haben keine Traditionen großer Organisationen, sie haben dagegen eine **Tradition des revolutionären Kampfes,** oder, wie Lenin sagte, sie können die Barrikade besteigen, ohne es selbst zu bemerken. Allerdings ist es unzulässig, daß nur 10 Prozent der französischen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Dies muß geändert werden. (Fortsetzung folgt.)

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. **Grenadierstraße und Filialen**

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917.

Von A. Sserafimowitsch.

(46. Fortsetzung)

Der Pope klagt über Erkältung, er könne unmöglich kommen.

„Ah, Erkältung ... Du willst also nicht ... Na warte, die werden sie dir **kurieren!**"

Sie ziehen ihm **eins mit der Nagajka** über — der Pope heult jenkstißig wie ein Knabe auf. Er soll das heilige Gewand anlegen. Er steckt den Kopf in das schwarze Priesterhemd, legt die Stola um, zieht die langen Haarsträhnen unter dem Kragen hervor. Man läßt ihn Kreuz, Weihrauchlampe, Weihrauch mitnehmen.

Auch der Küster mit seinem Gehilfen wird herbeigeholt. Der Küster — ein mächtiger, mit Alkohol durchtränkter Mann — ebenfalls in schwarzem Meßgewand.

Man setzt alle drei in den Wagen, die Pferde schütteln die Köpfe, die begleitenden Reiter juchzeln mit den Nagajkas.

Und hinter dem Wagenzug, an den Kirchhofsgärten warten schon eine zahllose Menge.

„Seht, seht, sie haben den Popen herbeigeholt!"

Die Weiber beginnen sich zu bekreuzigen:

„Na, Gott sei Dank, jetzt gibt's wenigstens eine richtige Beerdigung!"

Und die Soldaten:

„Schaut — den Küster haben sie auch herbeigeschafft!"

„Akkurat wie ein Mastschwein!"

Die drei hasten eilig heran, der Schweiß fließt ihnen in Strömen. Der Küster setzt die Weihrauchlampe in Brand, die Toten liegen regungslos mit gekreuzten Armen.

„Barmherziger Gott ..."

Der Küster fällt mit müder Baßstimme ein, des Küsters Gehilfe sprudelt näselnd die Worte heraus:

„Heiliger Gott, heiliger Gott, heiliger Allmächtiger ..."

Bläulich raucht die Weihrauchlampe. Die Weiber halten sich die Münder zu und schluchzen, Soldaten haben strenge, schwarze, abgemagerte Gesichter — die müden Worte der Geistlichkeit dringen nicht bis zu ihnen.

Der auf einem schlanken Fuchs sitzende Kubaner, der die Geistlichkeit herbeigeholt hatte, gab dem Pferde einen leisen Stoß; er neigte sich zu dem Popen und sagte mit flüsternder Stimme, die auf dem ganzen Friedhof zu hören war:

„Verfluchter Hundsfott, wenn Ihr noch lange wie ungefütterte Schweine grunzen werdet, dann ..."

Der Pope, der Küster und des Küsters Gehilfe schielten ihn entsetzt von der Seite an. Und sofort begann des Küsters Baßstimme zu schmettern, so erschütternd, daß die Krähen des ganzen Friedhofs aufstoben; der Pope fiel im Tenor ein und des Küsters Gehilfe erhob sich auf den Zehen — die Augapfel rollten ihm dabei unter die Stirn — und schlug einen solchen Fistelton an, daß es in den Ohren wehtat.

„Gott schenke Ruhe seiner Seele ..."

Der Kubaner zog sein Pferd zurück und saß regungslos wie eine Statue mit finster gerunzelten Brauen im Sattel. Alle bekreuzigten und verneigten sich.

Als sie zugeschaufelt wurden, ertönten drei Salven. Sich schnäuzend und die Augen trocknend, sagten die Weiber gerührt:

„Das war aber eine feine Totenmesse ..."

33.

Die Nacht verschluckte die ungeheure Steppe, ihre Hügel, die an ihrem Rande blauenden verfluchten Berge und die Siedlung auf der feindlichen Seite — kein Licht, kein Ton drang von dort herüber, es war, als wenn sie überhaupt nicht da wäre. Von der Tageskanonade erschreckt, schwiegen sogar die Hunde. Nur der Fluß brauste.

Den ganzen Tag dröhnten hinter dem jetzt unsichtbaren Fluß und den grauen Schützengräben der Kosaken die Geschütze. Sie feuerten ohne zu sparen. Und die zahllosen Knäuel flammten weiß über der Steppe, über den Gärten, über den Schluchten auf. Von dieser Seite aus wurde das Feuer nur müde und schwach erwidert.

„Aha ..." sagten die Kosaken-Artilleristen schadenfroh, „sie können nicht mehr!" Und sie rollten neue Geschütze auf, richteten sie und feuerten unermüdlich.

Es war ihnen klar: der Feind ist geschwächt, er ist nicht mehr imstande, jeden Schuß zu beantworten. Am Abend vorher eröffneten die Barfüßler einen Angriff hinter dem Fluß, aber er mißlang, ihre Ketten stoben auseinander. Schade, daß es Nacht war, sonst hätte man es ihnen gehörig gegeben. Nun, der Morgen wird ja bald da sein.

Der Fluß braust, erfüllt die ganze Dunkelheit mit Lärm. Koschuch ist zufrieden — stahlgrau funkeln die kleinen Augen. Er ist zufrieden: die Armee ist in seinen Händen wie ein gehorsames, elastisches Instrument. Am Abend hat er zum Beispiel den Befehl gegeben, den Angriff entschlossen durchzuführen und vorgeschobene Stellungen einzunehmen. Und jetzt, in der Nacht, als er, in der samtenen Finsternis, diese Stellung nachprüfte, fand er alle dicht am Fluß auf den ihnen zugewiesenen Plätzen vor; unter dem zehn Meter tiefen Abhang brauste das Wasser und erinnerte ihn mit seinem Brausen an jenen Fluß und an jene Nacht, als der Feldzug begonnen hatte.

Jeder der Soldaten kroch im Dunkeln vor, tastete sich bis zum Rande, prüfte persönlich die Situation. Und ein jeder wußte, um was es sich handelte, kannte genau seinen Platz. Er wartete nicht wie ein Herdentier, bis die Kommandeure ihn vorwärtsschieben werden.

Im Gebirge hat es geregnet. Der Fluß brauste des Tages mit wilder Wut dahin, jetzt rauscht er gedämpfter. Die Soldaten kennen seine Tiefe — sie haben es schon fertig gebracht, sie auszumessen — der Fluß ist jetzt anderthalb bis zwei Meter tief, man wird stellenweise schwimmen müssen, aber das macht nichts, man wird eben ein bißchen schwimmen. Als es noch hell war, suchten sich die Soldaten, in den Löchern, Büschen und im hohen Rasen, unter fortwährend explodierenden Geschossen, liegend, jenes Stück des feindlichen Schützengrabens aus, auf den sie losschlagen würden.

Links waren zwei Brücken: eine aus Holz und eine Eisenbahnbrücke — jetzt sah man sie nicht. Die Kosaken richteten eine Batterie gegen sie und stellten Maschinengewehre auf, und das sah man jetzt auch nicht.

In der nächtlichen, vom Rauschen des Flusses erfüllten Dunkelheit stehen auf Koschuchs Befehl ein Kavallerie- und ein Infanterie-Regiment regungslos den Brücken gegenüber.

Langsam fließt die Nacht, ohne Sterne, ohne Geräusche, ohne Bewegung, nur der Lärm des Wassers füllt einförmig die öde, ungeheure Nacht.

Die Kosaken saßen in den Gräben, horchten auf das Rauschen des Wassers, ohne die Gewehre aus den Händen zu lassen, obwohl sie wußten, daß die Barfüßler in der Nacht es nicht wagen würden, über den Fluß zu setzen, sie haben ja schon genug abgekriegt; die Kosaken warten also. Langsam zog die Nacht dahin.

Die Soldaten lagen wie die Maulwürfe am Rande des Abhanges, horchten ebenso wie die Kosaken auf das Brausen des Wassers und warteten. Und das, worauf sie warteten, was, wie es schien, niemals eintreten würde, trat dennoch ein: langsam, mühselig, kaum spürbar, wie eine Andeutung, breitete sich die Dämmerung aus.

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Bekanntmachungen

— Bischofswerda —

Die Eintragungslisten für das Volksbegehren „Enteignung der Fürstenvermögen" liegen in der Zeit vom 4. März d. J. bis einschließlich 17. März 1926 während der Geschäftsstunden, vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr, außerdem **Sonntags von ½11—½12** Uhr im Rathaus — Wahlamt — Zimmer Nr. 1, zur Eintragung öffentlich aus. Zur Eintragung wird nur zugelassen, wer in die Stimmlisten für die Reichspräsidentenwahl am 26. April 1925 eingetragen war, bzw. im Besitze eines Eintragungsscheines ist.

Bischofswerda, den 23. Februar 1926.

Der Rat der Stadt.

— Rähnitz-Hellerau —

Stimmabgabe für das Volksbegehren.

Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 15. Februar 1926 ist das Volksbegehren

„Enteignung der Fürstenvermögen"

zugelassen worden.

Die Frist zur Stimmabgabe läuft

von Mittwoch, den 4. März, bis einschließlich Mittwoch, den 17. März 1926.

Die Listen liegen zur Einzeichnung während des vorgenannten Zeitraumes im

Rathaus — Zimmer 3 —

zu folgenden Stunden aus:

Werktags, einschl. Sonnabends: von früh 8 bis nachmittags 6 Uhr durchgehend.

An den beiden Sonntagen, den 7. und 14. März 1926: vorm. von 9 bis 12 Uhr.

Die Stimmabgabe für das Volksbegehren erfolgt durch eigenhändige Eintragung in die ausgelegten Eintragungslisten.

Stimmberechtigt sind sämtliche in Rähnitz-Hellerau wohnhaften **Männer und Frauen**, die am Tage der Eintragung Reichsangehörige und **20 Jahre alt sind.**

Rähnitz-Hellerau, den 25. Februar 1926.

Der Bürgermeister.

J. V.: Kühnert, 1. Gemeindeältester.

Dein Spargroschen

gehört in die

Sparkasse

des Konsumvereins!

dort arbeitet er in deinem Interesse!

die Spareinlagen werden verzinst

3 Monatsfrist Kündigung mit • 6 Monat Kündigung mit • auf 3 Jahre unkündbar mit

8% 10% 12%

Einzahlung in allen Verteilungsstellen

Konsumverein Vorwärts

Kabarett Biedermeier

Schössergasse 8 (Nähe Altmarkt)

Täglich 7½ Uhr abends:

Das große Februar-Programm

Sämtliche Kolonialwaren, hausschlachtene Wurst, Konserven und Kaffee

5 Prozent Rabatt

empfiehlt zu billigsten Preisen

Frau Anna Weinert

Dr.-Löbtau, Kesselsdorfer Str. 39

Jeden Dienstag Schlachtfest!

Sporthaus Kändler

Dresden-A. 1, Freiberger Str.

Telefon 14661 / / / / Gegründet 1894

Spezial-Geschäft für sämtliche Sportartikel.

Alle Reparaturen schnell u. fachmännisch.

Fußball / Boxen / Leichtathletik

Tennis / Sportfiguren

Goldner Hirsch

Telephon 451 Amt Heidenau — Dohna — Telephon 451 Amt Heidenau

Jeden Sonntag

große öffentliche Ballmusik

Drogen, Chemikalien, Farben, Lacke, Firnisse, Pinsel, Nährmittel, Toiletteartikel, Verbandstoffe, Gummiwaren, Fensterglas, Ornamentglas, Kitt, Benzin, Maschinenöle, Karbid

Otto Wiesner

Freital-Deuben (Sächs. Wald)

Am Mittwoch verschied unser Kollege, der Maschinenformer

Emil Wauer

Die Beerdigung, an der wir bitten, recht zahlreich teilzunehmen, findet Sonntag, den 28. 2., nachm. ½3 Uhr von der Halle aus statt.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Neugersdorf

Arbeiter!

Verkehrt nur bei denInserenten der Arbeiterstimme!

Theater am Wasaplatz

Nur noch kurze Zeit täglich 8 Uhr:

Mein Vetter Eduard

Eine ganz verrückte Geschichte in drei Akten von Franz Poledmann-Frederich und Arthur Roberts. Spielleitung: Adolph Rodeck.

Vorverkauf im Reka, Invalidendank, Johannstraße 5, und Theaterrestaurant.

Erbgericht Copitz

Jeden Sonntag

vornehmer Ball!

Bekannte erstklassige Hauskapelle

Hochachtungsvoll Max Weiz u. Frau

Achtung! Achtung!

Anzüge, Hosen, Strickwesten sowie sämtl. Textilwaren, nur beste Qualitäten zu bill. Preisen bekommen Sie bei

B. Zloczower

Pirna, Niedere Burgstr. 3

Teilzahlung gestattet

Tymians Thalia-Theater

Täglich 8 Uhr

Das einzige wirkliche Theater

Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Genosse Arno Ritter

empfiehlt sich zur

Anfertigung von Herren- und Damengarderobe nur nach Mab.

Es kommen nur beste Zutaten zur Verarbeitung. Bei Mitbringen von Stoff von 40 Mark an. Teilzahlung gern gestattet. Karte genügt, komme ins Haus.

Radeberg, Dresdner Str. 18

Wo kehren die Genossen in Dresden ein??

Im „Liliengarten", Liliengasse 25

RESTER-ZENTRALE

Pirna, Lange Straße 33

bringt herrl. Stoffe für Blusen, Kleider, ferner Inletts, Bettwäsche, Bettfedern, Satin usw.

spottbillig

ZOO

Neu! Paradiesvogel Neu!

Sonntag von 5 bis 9 Uhr:

GROSSES KONZERT

FEIEREIS-KAPELLE

unter Leitung von Musikdirektor FEIEREIS

Von 5½ Uhr im Saal: Halbe Preise

Damen

empfehle Spülapparate, Spülkannen, Leibbinden, Schlüsche sowie sämtl. hyg. Frauenartikel

R. Freisleben

×Postplatz×

Man achte auf Firma!

Öffentliche Kundgebung

Gegen die Reaktion

an deutschen Hochschulen und Schulen

Sonntag, den 28. Februar 1926

vormittags 11 Uhr, im großen Saale des Künstlerhauses

(Eingang Albrechtstraße)

Redner:

Univ.-Prof. Dr. Max Adler, Wien

Univ.-Prof. Dr. Karl Korsch, Jena, M. d. R.

Prof. Dr. Theodor Lessing, Hannover

Der einberufende Ausschuß

Gasthof Cunnersdorf

Jeden Sonntag

Große Ballmusik

Hierzu laden ein Blum und Frau

„Bürgerkasino"

Große Brüdergasse 25

Täglich Anfang 4½ Uhr

Konzert- und Varieté-Vorstellung

Beste Biere und Küche

Volkstümliche Preise

Versammlungs-Lokal verschiedener Vereine

1 oder 2 leere Zimmer

für Familie mit 2 Kindern, 4½- und 5½ jähr. Jungen, möglichst mit Kochgelegenheit, bei Genossen gesucht. Angebote unter Sch. an die Expedition d. „Arbeiterstimme".

Pirna Pirna

Schützenhaus Feldschlößchen

Jeden Sonntag ab 4 Uhr

vornehmer Ball

Großstadt-Betrieb Ia Kapelle